



Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Schweiz – EU

«Die Dinosaurier sind ausgestorben, aber die Igel gibt es noch»

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Diese Metapher des Schweizer Historikers Oliver Zimmer in einem vor kurzem gegebenen Radiointerview¹ hat es mir angetan. Der Igel als bekanntes Symbol für den eigenständigen und eigenwilligen Kleinstaat Schweiz, seine Stacheln, die er gegenüber friedlichen Nachbarn einzieht und gegen unfreundliche Angriffe einsetzt, als Sinnbild der wehrhaften Schweiz. Im Gegensatz dazu der EU-Koloss (oder eine andere Grossmacht) als wuchtiger und schwerfälliger Dinosaurier, der die Vielfalt des Lebens in seinem Umkreis niederwalzt und einebnet.

Zum neuen Jahr wünsche ich uns Schweizern, aber auch allen anderen Völkern der Welt, dass unsere Politiker und Diplomaten mit etwas mehr Mut und Selbstbewusstsein in Verhandlungen mit anderen Staaten und besonders mit Grossmächten hineingehen.

«Der Preis ist zu hoch: Es geht um Souveränität»

«Der Begriff Souveränität [...] wird – ähnlich wie die Neutralität – bei uns gebraucht wie das Amen in der Kirche. Aber niemand weiss, wofür er genau steht.» Diese Aussage stammt von einem, der immerhin elf Jahre lang (1998–2009) Schweizer Bundesrat war, Pascal Couchepin. Ein Bundesrat, der nicht weiss, was Souveränität ist? Wie konnte der unsere Angelegenheiten vertreten? Zum Rahmenvertrag, den seine Nachfolger im Bundesrat (jedenfalls ein Teil von ihnen) mit der EU abschliessen wollen, sagt Couchepin: «Was gewinnen wir, was verlieren wir? Wir verlieren damit an Souveränität. Aber ohne Rahmenvertrag verlieren wir noch mehr Souveränität, weil unser Wohlstand abnehmen wird, der die Leute befreit von materiellen Sorgen.»²

Als ob die Souveränität der Schweiz mit einer Rechenaufgabe abgehandelt werden könnte! Oliver Zimmer führt von der Verwirrung der Köpfe durch ökonomische Rechen Spiele weg und hält als erstes fest: «Die EU ist kein wirtschaftliches, sondern ein politisches Projekt.» Und weiter: «Ich glaube, der Gegensatz zwischen Souveränität und Wohlstand ist ein falscher Gegensatz, den man da immer konstruiert. Das ist natürlich auch ein politisches Argument. Wenn das ein Gegensatz wäre, dann wäre die Schweiz ja ärmer als die EU. Das ist bekanntlich nicht der Fall, sondern es ist umgekehrt. Der Binnenmarkt ist nicht einfach ein Markt, sondern es geht um die Mitgliedschaft in einer politischen Struktur. Das ist etwas ganz anderes als ein Handelsvertrag.» Der Interviewer Iwan Lieberherr verwies auf die Diskussion des Nationalrats in der Wintersession zu den drei Themen Lohnschutz, Unionsbürgerrichtlinie und staatliche Beihilfen, die der Bundesrat mit Brüssel «klären» will, und bemerkte dazu: «Sie, Herr Zimmer, würden, glaube ich, sowieso über das grössere Thema sprechen, über den Verlust von Mitbestimmung.» Ja, man müsse vermehrt die grundsätzliche Dimension der EU ansprechen, so Zimmer: «Vor allem der Europäische Gerichtshof, das ist anerkannt in Fachkreisen, er ist die politische Speerspitze des EU-Supranationalismus. Der EuGH ist ein politisches Gericht, kein Gericht, wie wir es uns vorstellen. [...] Er gebärdet sich als Verfassungsgericht, er konstituiert die Verträge, behandelt sie wie Verfassungen, und er mischt sich auch in die nationale Rechtsetzung ein.» Das Schiedsgericht sei im Grunde genommen «eine Augenwischerei. Der Europäische Gerichtshof ist faktisch die letzte Entscheidungsgewalt in diesem ganzen Abkommen».

Oliver Zimmers Fazit: «Der Preis ist zu hoch: Es geht um Souveränität.»³



Der Igelpavillon der Armee «Wehrhafte Schweiz» an der Expo 1964 in Lausanne. (Bild wikimedia.org)

Wunsch nach mehr nationaler Souveränität in vielen europäischen Staaten

Bekanntlich ringt nicht nur der Kleinstaat Schweiz um seine Souveränität. Der britische Unterhändler David Frost, der mit Michel Barnier (für die EU) die Herkulesaufgabe des Austritts Grossbritanniens aus der EU stemmt, hielt am 17. Februar 2020 eine beachtenswerte Vorlesung an der Université libre de Bruxelles.⁴ Darin wies er unter anderem darauf hin, dass der Wunsch nach nationalen Entscheidungen und der Wiederbelebung des Nationalstaates nicht nur in Grossbritannien, sondern auch in verschiedenen anderen europäischen Staaten zu beobachten sei: «Der Brexit ist das offensichtlichste Beispiel dafür, aber wer kann leugnen, dass wir etwas Ähnliches in verschiedenen Formen auf dem gesamten europäischen Kontinent sehen? Ich glaube nicht, dass es richtig ist, dies nur als Reaktion auf Sparmassnahmen oder wirtschaftliche Probleme oder als eine vorübergehende Phase abzutun, oder als etwas, das man mit der Zeit «abhaken» kann. Ich glaube, es ist etwas Tieferes.» Im Kern gehe es um die Rückgewinnung der Souveränität, so Frost: «Souveränität ist die Fähigkeit, die eigenen Regeln so zu gestalten, dass sie unseren eigenen Lebensbedingungen entsprechen.»

Frost spricht zwei weitere wichtige Aspekte der nationalen Souveränität an, die in der EU fehlen – die demokratische Mitbestimmung der Bürger und die grössere Flexibilität der staatlichen Organe: «Es gibt noch weitere Vorteile, wenn man seine eigenen Angelegenheiten regelt. Ein offensichtlicher ist, dass es viel einfacher ist, die Menschen in die Entscheidungsfindung ein-

zubeziehen. Ein weiterer, weniger offensichtlicher Vorteil ist die Möglichkeit, getroffene Entscheidungen zu ändern. Meine Erfahrung mit der EU ist, dass sie extreme Schwierigkeiten hat, schlechte Entscheidungen rückgängig zu machen.» Ein wichtiger Grund, warum die Mehrheit der Briten für den Austritt gestimmt habe, sei, dass es sich «für viele Menschen immer etwas unnatürlich anfühlen [musste], von einer Organisation regiert zu werden, deren Institutionen eher durch Design als durch Evolution entstanden zu sein schienen und die die Autorität irgendwo ausserhalb des Landes ansiedelte.»

Wie würde sich dies für die Schweizer Bevölkerung anfühlen? Mit dem Rahmenabkommen würden wir – auch als Nicht-Mitglied der EU – in heute nicht wirklich abschätzbarem Umfang von den EU-Gremien, vor allem der EU-Kommission und dem EuGH, gesteuert. Das entspricht weder den Menschen in Grossbritannien noch in der Schweiz, noch anderswo.

Am 24. Dezember, eine Woche vor Ablauf der Übergangsfrist, ist nun der Freihandelsvertrag zwischen Brüssel und London unterzeichnet worden, der Grossbritannien die Souveränität zurückgibt, indem der Staat insbesondere von der Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs befreit wird. Dazu die «Neue Zürcher Zeitung»: «Dass der EuGH keine Rolle spielt, ist aber auch eine Folge davon, dass das Abkommen kein EU-Recht enthält und die Briten einen weniger guten Zugang zum EU-Markt oder zu EU-Agenturen erhalten als beispielsweise die Schweiz.»⁵ In allgemeinverständliche Sprache übersetzt eine schulmeisterliche War-

nung an uns freiheitsliebende Schweizer: Bildet euch ja nicht ein, dass wir für die Schweiz einen ähnlich vorteilhaften Vertrag herausholen können! Als Gegengewicht der erste Online-Kommentar in der «Neuen Zürcher Zeitung»: «Dieses Abkommen würde ich mir auch für die Schweiz wünschen. Freihandel und gute Zusammenarbeit ja, aber keine weitgehende Preisgabe der Souveränität, der eigenen Rechtsetzung und der bewährten demokratischen Prozesse. Dafür sind die Vorteile des direkten Binnenmarktes zu marginal.»

Schweizer Modell genau richtig für die Erfordernisse der Zeit

Aber – so der unvermeidliche Einwand – in der globalisierten Welt brauche es doch für staatsübergreifende Probleme globale Lösungen. Auch im Interview mit Oliver Zimmer blieb die Frage nicht aus: «Kann man denn nicht sagen: Die Welt ist zusammengerückt in den letzten Jahren, und es gibt Probleme in der Welt, die man nicht mehr im Nationalstaat lösen kann, sondern die man in supranationalen Organisationen angehen muss?»

Zimmers Antwort: «Das ist so eine Vorstellung aus dem politologischen Seminar, dass man grosse Blöcke bilden muss, damit man Probleme lösen kann. Tatsache ist doch, dass man die globalen Probleme, die anstehen, natürlich durch internationale Kooperation lösen muss, aber das heisst doch nicht, dass man dazu einem bundesstaatsähnlichen Gebilde wie der EU beitreten muss.» Er wolle es niemandem wegnehmen, sich als Weltbürger zu fühlen, so Zimmer. Aber: «Ich glaube, die meisten Menschen sind keine radikalen Universalisten [...]. Die meisten Menschen brauchen irgendeinen Ortsbezug und wollen sich innerhalb einer begrenzten Gemeinschaft politisch, demokratisch betätigen. Ich bin der Meinung, dass dieses Modell letztlich mehr Verantwortlichkeit schafft als so ein wunderbares Ideal, das zwar gut tönt, aber in der Realität relativ unverbindlich ist.»

Das Schweizer Modell ist für Oliver Zimmer auch in der heutigen Zeit genau richtig: «Was die Schweiz betrifft, mit dem Föderalismus, der direkten Demokratie, der kommunalen Organisation von unten nach oben, sieht man, dass das eine unglaublich moderne Struktur ist, die den Erfordernissen der Zeit sehr gemäss ist.»⁶

Rahmenvertrag als Vorzimmer zum EU-Beitritt

Die Aussage des Bundesrates, er wolle mit dem Rahmenabkommen ja nur «den bewährten bilateralen Weg auf eine langfristige, solide Basis stellen und den Weg zu dessen Weiterentwicklung öffnen», wird durch stete Wiederholung nicht weniger falsch. Fleissig sekundiert wird der Bundesrat durch Teile von Politik und Bundesverwaltung sowie von seiten der Grosskonzerne. Was sie antreibt, bringt Martin Janssen, Unternehmer und emeritierter Professor für Finanzmarktökonomie an der Universität Zürich, auf den Punkt: «Dass Politik und Verwaltung dem Rahmenabkommen zustimmen, ist zu erwarten. Auf diesem Weg können die Stimmbürger in vielen Bereichen faktisch ausgehebelt und die Steuern weiter erhöht werden: der Traum vieler Beamter und Politiker. Und dass Lieferanten europäischer Gemeinwesen oder Vertreter von Grossbanken und Pharma, wo entweder der Marktzutritt oder die Preise oder beides

«Die EU ist kein wirtschaftliches, sondern ein politisches Projekt. [...] Der Preis ist zu hoch: Es geht um Souveränität. Ich glaube, der Gegensatz zwischen Souveränität und Wohlstand ist ein falscher Gegensatz, den man da immer konstruiert. Das ist natürlich auch ein politisches Argument. Wenn das ein Gegensatz wäre, dann wäre die Schweiz ja ärmer als die EU. Das ist bekanntlich nicht der Fall, sondern es ist umgekehrt. Der Binnenmarkt ist nicht einfach ein Markt, sondern es geht um die Mitgliedschaft in einer politischen Struktur. Das ist etwas ganz anderes als ein Handelsvertrag.» (Oliver Zimmer)

Fortsetzung auf Seite 2

Der föderale Staatsaufbau bietet Spielraum für differenzierte Lösungen

Überlegungen zu Oliver Zimmers Buch «Wer hat Angst vor Tell? Unzeitgemässes zur Demokratie»

von Urs Graf

Professor *Oliver Zimmer* wirft mit seinem neu erschienenen Buch «Wer hat Angst vor Tell? Unzeitgemässes zur Demokratie»¹ grundlegende Fragen zur politischen Entwicklung unserer Gesellschaft auf. Er tut dies im Vergleich von Beobachtungen aus Grossbritannien und der Schweiz, wo er jeweils die Hälfte seiner bisherigen Lebenszeit verbracht hat. Der in Thalwil aufgewachsene und seit über zwanzig Jahren in Oxford lehrende Historiker bezeichnet seine Darlegungen als «unzeitgemäss», weil sie nicht im Mainstream des veröffentlichten Zeitgeistes liegen. Seine geschichtlichen und staatsphilosophischen Ausführungen sind daher sehr interessant.

Intellektuelle Eliten im «goldenen Dreieck»

Da ist einmal das Spannungsverhältnis zwischen «Liberalismus» und «Demokratie», welches schon im 19. Jahrhundert existierte, als der Schweizer Bundesstaat gegründet wurde. Zimmer bezeichnet den «radikalen» *Jakob Stämpfli* und den «liberalen» *Alfred Escher* als Antipoden der damaligen Auseinandersetzung, wobei ersterer vor allem für die Mitbestimmung (Demokratie) und letzterer für das freie Unternehmertum eingetreten sei. Beide Ansätze hält er im Interesse unserer politischen Kultur für existentiell in dem Sinne, dass gerade dieses fortwährende Spannungsverhältnis die Balance zwischen Freiheit und Verantwortung am besten ausgleiche.

Zimmer beschreibt die Geisteshaltung heutiger (liberaler) intellektueller Eliten im «goldenen Dreieck» London-Oxford-Cambridge, wo sich eine Gesellschaft von höher bezahlten Dienstleistern im privaten und im öffentlichen Sektor konzentriert hat, die sich kosmopolitisch versteht und zur einheimischen Bevölkerung kaum mehr Fühlung hat. Sie unterliegt dem Missverständnis, ihre pri-

vilegierte Stellung ausschliesslich der eigenen Leistung zu verdanken (Meritokratie), ohne das Zutun anderer im ganzen Lande, die für ihr Tagewerk weniger Ansehen und Vorteile geniessen. Dies zeige sich vor allem anhand der scharf polarisierten Debatte um den Brexit, wovon man auch hierzulande eigentlich nur die Stimmen der «Remainers» vernimmt, derjenigen Briten also, die in der EU verbleiben möchten. In der Schweiz gibt es diese soziale Polarisierung auch – und zwar in durchwegs verschiedener Parteifarbe.

Entwicklungslinien der Demokratie

Zimmer weist auf die unterschiedlichen Auffassungen von Aufbau und Funktion des Staates (punkto Verfassungsgerichtsbarkeit versus Volkssouveränität) hin, wie sie in den Nationen im Verlauf ihrer Sozialgeschichte entstanden sind. Sie bestimmen das Verhältnis zwischen Bürger und Staat. Die Liberalen traten für die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte, die Gewaltenteilung und die Verfassung ein, aber sie misstrauten dem Volk (Demos), dem sie lieber keine legislative Gewalt zugestehen wollten. In der Schweiz wurden die sogenannten Volksrechte (Referendum und Initiative) – damals noch ohne Beteiligung der Frauen – im Verlaufe des 19. Jahrhunderts unter dem Druck vorwiegend ländlich verankerter (konservativer) Demokratiebewegungen allmählich eingeführt. Die Entwicklungslinien der Demokratien auf dem europäischen Festland verlaufen bis heute nicht gleich wie in der Schweiz oder im United Kingdom. Und davon abhängig ist auch die Auffassung von Gesetzen – als demokratisch ausgehandelte kollektive Verträge – oder als Dekrete von übergeordneten Instanzen: die politische Realität der EU.

Eine Ähnlichkeit zwischen der Schweiz und Grossbritannien hinsichtlich ihrer demo-

kratischen Traditionen und ihrer Eigenständigkeit gegenüber der EU entspricht heute durchaus dem Sinnbild der «Insel».

Richterstaat statt Demokratie

Kritisch beleuchtet wird auch die Tendenz zur Verrechtlichung der Politik. Zimmer stützt sich beispielsweise auf die Expertise des britischen Richters *Lord Hoffmann*, der seit Jahrzehnten auf dieses Problem hinweist: Der *Europäische Gerichtshof* EuGH in Luxemburg und zunehmend auch der *Europäische Gerichtshof für Menschenrechte* in Strassburg fällen politische Entscheide im Sinne einer weiteren Vereinheitlichung aller Mitgliedsstaaten.² Gerichte, die selber Recht setzen, machen die demokratische Errungenschaft der Gewaltenteilung rückgängig. An die Stelle der Demokratie tritt der «Richterstaat», die Top-Down-Verwaltung – der weise Tyrann?

Zimmer vermisst eine kritische Debatte über diese Thematik auch unter schweizerischen Rechtsgelehrten. Diese müssten sich der kulturell-historischen Bedingtheit von Entscheiden durch EU-Gerichtshöfe, auf die sie sich berufen, mehr bewusst sein. Sonst wird unsere Bundesverfassung als oberste Rechtsquelle bald von Richtern ausgehebelt, die nicht einmal unsere Sprache sprechen ...

Die politische Debatte wird immer von einem bestimmten geschichtsphilosophischen Ansatz geprägt. Wer der Kulturgeschichte eine Gesetzmässigkeit unterstellt, zu welchem «Fortschritt» sie führen müsse, und für diese Position eine wissenschaftliche Objektivität beansprucht, wie *Hegel* und *Marx* dies taten, wird leicht zur elitären Haltung verleitet, andere Meinungen zu unterscheiden in solche, die man übernehmen, und solche, die man überhören soll.

Gefordert: Ehrliche Debatte zum Rahmenabkommen

Dem Wunsch des Autors nach einer ehrlichen Debatte über die Bedeutung des Rahmenabkommens (InstA) kann man sich nur anschliessen. Ein Beitritt der Schweiz wäre nicht, wie seine Befürworter behaupten, eine «Fortsetzung des bilateralen Weges», sondern eine Einbahnstrasse in die EU – mit allen negativen Konsequenzen für unsere schweizerische «Lebensform» der direkten Demokratie mit dem dreistufigen föderalen Staatsaufbau und der ehrenamtlichen Mitarbeit der Bürger bei vielen öffentlichen Aufgaben und Ämtern nach dem Millizprinzip.

Es gibt aber einen Teil der Bevölkerung und auch gewisse Wirtschaftszweige, die sich von einer solchen Entwicklung – zu Recht oder nicht – besondere Vorteile erhoffen. Sie sollten offen dazu stehen und damit aufhören, die berechtigte Sorge anderer Mitbürger um die demokratische Mitbestimmung als «populistisch» abzutun.

Zerrbild der Schweiz

In seinem Buch befasst sich *Oliver Zimmer* mit Schweizer Historikern, die den sogenannten kritischen Patriotismus vertreten. Sie verdrehen den Sonderfall Schweiz, die sich dank ihrer politischen Kultur aus drei mörderischen Kriegen zwischen ihren Nachbarstaaten heraushalten konnte, ins Negative: Als abgeschottetes, rückständiges Land, das von den Entwicklungen in der Welt nur profitiere, aber keinen Beitrag dazu leiste.

Das gleiche Zerrbild vertreten auch jene Kulturschaffenden, die sich 1991 mit dem Slogan «700 Jahre sind genug» völlig ungeeignet als Nestbeschmutzer aufführten. *Oliver Zimmer* ist zu verdanken, dass er diesen so-

Fortsetzung auf Seite 3

«Die Dinosaurier sind ausgestorben ...»

Fortsetzung von Seite 1

(und damit implizit auch die Bonuszahlungen) vom Staat garantiert werden, dem Abkommen mehrheitlich zustimmen, erstaunt ebenfalls nicht.»⁸

Inzwischen gibt es aber immer mehr Schweizer Politiker, Unternehmer und Wissenschaftler, die das Rahmenabkommen aus grundsätzlichen Gründen ablehnen, wie am 20. Oktober 2020 in *Zeit-Fragen* berichtet wurde.⁹ Professor *Oliver Zimmer* hält in dem Interview fest: «Das Rahmenabkommen ist nicht die Fortsetzung der Bilateralen, es ist quasi das Vorzimmer einer EU-Mitgliedschaft.» Dieses könne man in Anbetracht der faktischen Unkündbarkeit des Abkommens nur durch die Beitrittsstüre verlassen. Mit der Kündigung des Abkommens würden nämlich gemäss der Guillotineklausele in Art. 22 Ziff. 2 des Entwurfs auch alle Abkommen, die sich darauf beziehen – also die fünf wichtigsten der Bilateralen I sowie künftig geschlossene Verträge – innert sechs Monaten ausser Kraft treten.

Mit Recht kritisiert *Oliver Zimmer* die fehlende ehrliche Debatte in der Schweiz: Seiner Meinung nach sollten die Befürworter eines EU-Beitritts endlich offen dazu stehen. Dann hätten wir eine echte Diskussion, denn die Mehrheit der Bevölkerung wolle den Beitritt nicht. «Für mich wäre es wichtig, dass diese Debatte offen und ehrlich geführt wird, statt dass man immer so tut, als würde mit dem Rahmenabkommen die Demokratie einfach so weitergehen. Nein, es ist ein grundsätzlicher Bruch mit dem, was wir jetzt haben.»

Wer erfolgreich verhandeln will, muss sich seiner Sache sicher sein

Für viele Schweizer ist es ein stetes Ärgernis, mitzuerleben, wie der Bundesrat immer wieder «vergisst», auf welcher Seite des Tisches er und die von ihm eingesetzte Schweizer Verhandlungsmannschaft sitzen. Die EU lehne es ab, irgendeinen Punkt im Rahmen-

abkommen neu zu verhandeln, hört man in steter Wiederholung aus Bundesbern. Ja, sicher lehnt sie es ab, wenn der Bundesrat schon im voraus einknickt und die Mainstream-Medien ihm eifrig sekundieren.

Die Briten machen es offenbar besser: Sie lassen sich nicht so leicht von den Paukenschlägen aus Brüssel beeindrucken. Das passt den Schweizer EU-Turbos gar nicht in den Kram, weil das Stimmvolk merken könnte, dass es möglich ist, der EU-Bürokratie die Stirn zu bieten.

Und schon hören wir die Unkenrufe, Grossbritannien sei ja auch viel grösser und politisch bedeutender und für die EU ein weit wichtigerer Handelspartner als die Schweiz. Da denkt man unwillkürlich an die alten Eidgenossen: Wenn die sich von den Habsburgern oder von *Karl dem Kühnen* beeindruckt lassen hätten, nur weil die viel grössere Armeen hatten als sie, dann hätten sie diese nie besiegen können und wären nicht in ganz Europa als tüchtige Kämpfer anerkannt worden. Nun, wir haben es ja heute zum Glück nicht mit einem Schlachtfeld, sondern mit einem Verhandlungstisch zu tun. Da könnte man schon etwas mutiger auftreten. Ausser man will gar keine Änderungen am Rahmenvertrag – obwohl dieser in der jetzigen Form für unser Land unzweifelhaft in vielen Punkten nachteilig ist und unsere Souveränität zerdrückt.

Lesen wir, mit welcher Grundstimmung der britische Unterhändler *David Frost* im Februar dieses Jahres nach dem EU-Austritt seines Landes an die weiteren Verhandlungen herantrat: «Ich persönlich glaube, dass es gut für ein Land und seine Menschen ist, wenn sie ihr Schicksal selbst in der Hand haben und es auf ihre eigenen Entscheidungen ankommt. [...] Wenn man für seine eigene Politik verantwortlich ist, erzielt man bessere Ergebnisse. Das ist der Grund, warum wir die anstehenden Verhandlungen weiterhin ganz zuversichtlich angehen. Wir lassen uns nicht von Andeutungen abschrecken, dass es Reibungen geben wird, dass es grössere Hindernisse geben wird. Das wis-

sen wir, das haben wir einkalkuliert, und wir blicken weiter nach vorne – auf das, was wir in Zukunft erreichen können. Das ist auch der Grund, warum wir nicht bereit sind, bei einigen grundlegenden Punkten unserer Verhandlungsposition Kompromisse einzugehen.»¹⁰

Von den Schweizer Bundesräten und ihren Verhandlern (*Pascale Bärtsch*, *Roberto Balzaretto*, *Livia Leu* und wie sie alle heissen) haben wir nie solche Töne gehört, obwohl eigentlich in jedem Business-Kurs gelehrt wird, dass ein in der Sache sicheres und überzeugtes Auftreten das A und O jedes erfolgreichen Verhandlens ist.

Im Radiogespräch mit *Oliver Zimmer* wurde dieses Problem kurz und klar eingeordnet. Frage von *Iwan Lieberherr*: «Tritt Grossbritannien eigentlich in den Verhandlungen selbstbewusster auf als die Schweiz, und auch erfolgreicher?» *Oliver Zimmer*: «Sie haben recht: Die Schweiz hätte meiner Meinung nach von Anfang an selbstbewusster auftreten sollen. Ich glaube, hier haben wir das Problem, dass grosse Teile der Verwaltung halt für das Rahmenabkommen sind, auch grosse Teile des politischen Establishments in der Schweiz sind für das Rahmenabkommen – zumindest gewesen. Das hat dazu geführt, dass man zu wenig selbstbewusst aufgetreten ist.»

Begegnung von gleich zu gleich – zum Wohle aller

Bleibt die Frage: Was ist denn die EU für eine «Friedens- und Wertegemeinschaft», die nicht zulassen will, dass ein Mitgliedsstaat vom Recht auf Kündigung eines völkerrechtlichen Vertrags Gebrauch macht? Was ist das für ein Demokratieverständnis, wenn man ein Nichtmitglied mit massiven Druckmitteln zu einer engeren Einbindung zu zwingen versucht? *David Frost* wünscht der EU, «einen Weg zu finden, mit ihren Nachbarn als Freunde und wirklich souveräne Gleichberechtigte umzugehen». Eine bedenkenswerte Vision für eine menschlichere und friedlichere Zukunft!

Der souveräne Nationalstaat ist in Zusammenarbeit mit anderen Staaten besser imstande, auch globale Probleme flexibler und nachhaltiger anzupacken als ein Machtblock: Weil die Kooperation von gleich zu gleich der Natur des Menschen entspricht, sind ihre Lösungen dem Einsatz von Druck und Zwang immer überlegen. Und es gibt aus der Sicht der Mitmenschlichkeit keinen Grund, warum nicht auch Grossmächte den anderen – auch kleineren – Völkern auf Augenhöhe begegnen könnten. Zum Wohle aller, einschliesslich ihrer eigenen Bevölkerung. •

¹ Lieberherr, Iwan. «Für eine selbstbewusste Schweiz». Interview mit *Oliver Zimmer*; in: *Radio SRF. Tagesgespräch* vom 18.12.2020. *Oliver Zimmer* ist ein schweizerisch-britischer Historiker. Er lehrt seit 2005 an der University of Oxford Moderne Europäische Geschichte. Zimmer studierte an der Universität Zürich Geschichte, Soziologie und Politische Theorie und doktorierte an der London School of Economics and Political Science.

² Tribelhorn, Marc; Neuhaus, Christina. «Wenn es Krieg gibt, können Sie nicht mit direkter Demokratie und Föderalismus den Gegenangriff organisieren». Interview mit *Pascal Couchepin*; in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 7.12.2020

³ Lieberherr, Iwan. «Für eine selbstbewusste Schweiz». Interview mit *Oliver Zimmer*; in: *Radio SRF. Tagesgespräch* vom 18.12.2020

⁴ *David Frost* lecture: «Reflections on the revolutions in Europe». *Academic lecture in Brussels. Gov.UK* vom 17.2.2020

⁵ Nuspliger, Niklaus; Steinvorth, Daniel. «Merry Brexmas» – das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Grossbritannien ist da»; in: *NZZ online* vom 24.12.2020

⁶ Lieberherr, Iwan. «Für eine selbstbewusste Schweiz». Interview mit *Oliver Zimmer*; in: *Radio SRF. Tagesgespräch* vom 18.12.2020

⁷ <https://www.eda.admin.ch/dea/de/home/verhandlungen-offene-themen/verhandlungen/institutionelles-abkommen.html>

⁸ Janssen, Martin. «Es gibt gute wirtschaftliche Gründe gegen das Rahmenabkommen»; in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 12.7.2019

⁹ «Rahmenabkommen Schweiz-EU: Lieber die Verhandlungen würdig beenden ...»

¹⁰ *David Frost* lecture: «Reflections on the revolutions in Europe». *Academic lecture in Brussels. Gov.UK* vom 17.2.2020

Der grosse Vorwand ... für eine Anti-Utopie

Für alle, die sich den Kopf nicht durch einen angeblich coronabedingten «grossen Umbruch» à la WEF verdrehen lassen wollen

von Diana Johnstone



Diana Johnstone
(Bild Wikipedia)

In ihrer vom Weltwirtschaftsforum (WEF) herausgegebenen Abhandlung «Covid-19: The Great Reset» [Covid-19: Der grosse Umbruch] bescheren uns die Ökonomen Klaus Schwab und Thierry Malleret die Stimme der Mächtigen der Global-Governance.

Indem sie ihrer kürzlich veröffentlichten WEF-Abhandlung den Titel «Covid-19: The Great Reset» geben, verknüpfen die Autoren die Pandemie auf eine Art und Weise mit ihren futuristischen Vorschlägen, die einen Chor von «Aha!»-Rufen hervorrufen dürfte. In der gegenwärtigen Atmosphäre der Verwirrung und des Misstrauens lässt die Freude, mit der die

Diana Johnstone lebt in Paris. Ihr neuestes Buch ist «Circle in the Darkness: Memoirs of a World Watcher» (Memoiren einer Weltbeobachterin). Atlanta 2020. ISBN 978-1-949762-13-6. Ausserdem erschien «Fools' Crusade: Yugoslavia, NATO and Western Delusions.» 2002. (ISBN 978-1-58367-084-2). «Queen of Chaos: the Misadventures of Hillary Clinton.» Deutsch: Die Chaos Königin. Frankfurt 2016 (ISBN 978-3-866489-135-9). Sie schrieb ausserdem ein Vorwort und einen Kommentar zu den Memoiren ihres Vaters, Paul H. Johnstone – ehemaliger leitender Analytiker der Strategic Weapons Evaluation Group (WSEG) im Pentagon –, die unter dem Titel «From MAD to Madness. Inside Pentagon Nuclear Planning» 2017 erschienen. Sie kann unter diana.johnstone@wanadoo.fr erreicht werden.

«[Das WEF] ist heute mächtig, weil es in einem Umfeld des Staatskapitalismus operiert, in welchem die Rolle des Staates (vor allem in den Vereinigten Staaten, weniger in Europa) weitgehend darauf reduziert wurde, positiv auf die Forderungen solcher Lobbys, insbesondere des Finanzsektors, zu reagieren.»

Ökonomen Klaus Schwab und Thierry Malleret die Pandemie als Vorboden der von ihnen vorgeschlagenen sozioökonomischen Umwälzung begrüssen, vermuten, dass sie (wenn sie dazu in der Lage gewesen wären) Covid-19 geschaffen hätten, wäre es nicht zufällig aufgetaucht.

Tatsächlich hat Klaus Schwab, der Gründer des Weltwirtschaftsforums, den «Great Reset» bereits energisch propagiert und dabei den Klimawandel als auslösende Krise genutzt, bevor ihm der jüngste Ausbruch des Corona-Virus einen noch unmittelbarer Vorwand lieferte, seine Pläne zur Neugestaltung der Welt anzupreisen.

Die Autoren fangen gleich an, indem sie verkünden: «Die Welt, wie wir sie in den ersten Monaten des Jahres 2020 kannten, gibt es nicht mehr», (dt. S. 12) dass radikale Veränderungen eine «neue Normalität» (dt. S. 12) formen werden. Wir selbst würden transformiert werden. «Viele unserer Überzeugungen und Annahmen, wie die Welt aussehen könnte oder sollte, werden sich dabei zerschlagen.» (dt. S. 13)

Das ganze Buch hindurch scheinen sich die Autoren über die angenommenen Aus-

wirkungen der weit verbreiteten «Angst» vor dem Virus zu freuen, die die Menschen darauf konditionieren soll, die von ihnen angestrebten radikalen Veränderungen zu wünschen. Sie verwenden technokratisches Psychogeschwätz, um zu verkünden, dass die Pandemie die menschliche Mentalität bereits so verändert, dass sie sich der neuen Realität anpasst, die sie für unvermeidlich halten.

«Unsere unterschwellige und möglicherweise anhaltende Furcht davor, mit einem Virus (Covid-19 oder einem anderen) infiziert zu werden, wird somit den unerbittlichen Marsch der Automatisierung beschleunigen [...]» (dt. S. 183) Wirklich?

«Auf Grund der Corona-bedingten höheren Angst, mit völlig Fremden in einem geschlossenen Raum zu sitzen, könnte es sein, dass viele Menschen beschliessen, sich den neuesten Film oder die Operaufführung lieber zu Hause anzusehen, weil es am vernünftigsten ist.» (dt. S. 234)

«Es gibt andere erste Auswirkungen, die viel einfacher vorherzusehen sind. Sauber-

keit ist eine davon. Die Pandemie wird unseren Fokus auf Hygiene sicherlich mehr in den Vordergrund rücken. Die neue Hygienebesessenheit wird insbesondere die Schaffung neuer Verpackungen nach sich ziehen. Wir werden angehalten, die Produkte, die wir kaufen wollen, nicht anzufassen. Einfache Freuden wie das Riechen an einer Melone oder das Betasten einer Frucht werden verpönt sein und vielleicht sogar der Vergangenheit angehören.» (dt. S. 234)

Dies ist die Stimme der Mächtigen der Global-Governance. Von oben herab entscheiden Experten, was die Massen wollen sollen, und verdrehen die angeblichen Wünsche des Volkes so, dass sie zu den Profitplänen passen, mit denen sie hausieren gehen. Ihre Pläne kreisen um digitale Innovation, massive Automatisierung unter Verwendung «künstlicher Intelligenz» und schliesslich sogar um die «Verbesserung» des Menschen, indem man ihn künstlich mit einigen Eigenschaften von Robotern ausstattet: zum Beispiel Problemlösung ohne ethische Ablenkungen.

Der 1938 in Ravensburg geborene Ingenieur und Wirtschaftswissenschaftler Klaus Schwab gründete 1971 sein Weltwirtschaftsforum, das von internationalen Konzernen massiv gesponsert wird. Es tagt einmal im Jahr in Davos in der Schweiz – das letzte Mal im Januar 2020 und nächstes Jahr im Mai, verschoben auf Grund von Covid-19.

Fortsetzung auf Seite 4

UN-Experte Nils Melzer ersucht US-Präsident Donald Trump, Julian Assange zu begnadigen



In einem offenen Brief an US-Präsident Donald Trump bittet der UN-Menschenrechtsexperte Nils Melzer ihn, den Wikileaks-Gründer Julian Assange, der seit seiner Verhaftung durch die

britischen Behörden im April 2019 in der Botschaft Ecuadors in London im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh festgehalten wird, zu begnadigen.

Ein britisches Gericht wird am 4. Januar 2021 entscheiden, ob Assange an die USA ausgeliefert werden soll, um dort strafrechtlich verfolgt zu werden und im Falle einer Verurteilung bis zu 175 Jahre Gefängnis für die Veröffentlichung von Geheimdokumenten durch die Whistleblower-Plattform WikiLeaks im Jahr 2010 zu erhalten. Dies ist der Text des Briefes von Nils Melzer, Sonderberichterstatter über Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe:

Herr Präsident, heute bitte ich Sie in aller Form, Herrn Julian Assange zu begnadigen.

Herr Assange ist in den letzten zehn Jahren willkürlich seiner Freiheit beraubt worden. Dies ist ein hoher Preis für den Mut, wahre Informationen über das Fehlverhalten von Regierungen in der ganzen Welt zu veröffentlichen.

Ich habe Herrn Assange im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in London zusammen mit zwei unabhängigen Ärzten besucht, und ich kann bestätigen, dass sich sein Gesundheitszustand ernsthaft verschlechtert hat, und zwar so sehr, dass sein Leben jetzt in Gefahr ist. Kritisch ist, dass Herr Assange an einer nachgewiesenen Atemwegserkrankung leidet, die ihn extrem anfällig für die Covid-19-Pandemie macht, die kürzlich in dem Gefängnis ausgebrochen ist, in dem er festgehalten wird.

Ich möchte Sie bitten, Herrn Assange zu begnadigen, denn er ist kein Feind des amerikanischen Volkes und war es auch nie. Seine Organisation, WikiLeaks, kämpft gegen Geheimhaltung und Korruption in der ganzen Welt und handelt daher im öffentlichen Interesse sowohl des amerikanischen Volkes als auch der Menschheit als Ganzes.

Ich richte diese Bitte an Sie, weil Herr Assange niemals falsche Informationen veröffentlicht hat. Die Ursache für eine Rufschädigung, die durch seine Veröffentlichungen entstanden sein könnte, ist nicht in einem allfälligen Fehlverhalten seinerseits zu suchen, sondern in eben jenem Fehlverhalten, das er aufgedeckt hat.

Ich richte diese Bitte an Sie, weil Herr Assange keine der Informationen, die er veröffentlicht hat, gehackt oder gestohlen hat. Er hat sie aus authentischen Dokumenten und Quellen auf die gleiche Weise erhalten, wie jeder andere seriöse und unabhängige investigative Journalist seine Arbeit ausführt. Auch

wenn wir persönlich mit seinen Veröffentlichungen einverstanden oder nicht einverstanden sind, können sie eindeutig nicht als Verbrechen angesehen werden.

Ich bitte darum, weil die strafrechtliche Verfolgung von Herrn Assange für die Veröffentlichung wahrer Informationen über schweres behördliches Fehlverhalten, ob in Amerika oder anderswo, darauf hinauslaufen würde, «den Boten zu erschliessen», anstatt das Problem zu korrigieren, das er aufgedeckt hat. Dies wäre unvereinbar mit den Grundwerten der Gerechtigkeit, der Rechtsstaatlichkeit und der Pressefreiheit, wie sie in der amerikanischen Verfassung und den von den Vereinigten Staaten ratifizierten internationalen Menschenrechtsinstrumenten zum Ausdruck kommen.

Ich richte diese Bitte an Sie, weil Sie, Herr Präsident, geschworen haben, eine Agenda zur Bekämpfung von Korruption und Fehlverhalten der Regierung zu verfolgen, und weil die Fortsetzung der Strafverfolgung von Herrn Assange bedeuten würde, dass unter Ihrem Erbe das Aussprechen der Wahrheit über solche Korruption und solches Fehlverhalten zu einem Verbrechen geworden ist.

Mit Ihrer Begnadigung von Herrn Assange, Herr Präsident, würden Sie eine klare Botschaft der Gerechtigkeit, Wahrheit und Menschlichkeit an das amerikanische Volk und an die Welt weitergeben.

Sie würden einen mutigen Mann rehabilitieren, der seit mehr als einem Jahrzehnt Ungerechtigkeit, Verfolgung und Demütigung

erlitten hat, nur weil er die Wahrheit gesagt hat.

Nicht zuletzt würden Sie den beiden jungen Söhnen von Herrn Assange den liebevollen Vater zurückgeben, den sie brauchen und zu dem sie aufschauen. Sie würden auch diesen Kindern, und durch sie allen Kindern der Welt, Mut machen, dass es nichts Falsches ist, die Wahrheit zu sagen, sondern dass es das Richtige ist; dass es ehrenhaft ist, für Gerechtigkeit zu kämpfen und dass dies die Werte sind, für die Amerika und die Welt stehen.

Aus diesen Gründen appelliere ich mit allem Respekt an Sie, Julian Assange zu begnadigen. Was auch immer unsere persönlichen Ansichten und Sympathien sein mögen, ich glaube, dass nach einem Jahrzehnt der Verfolgung das ungerechte Leiden dieses Mannes jetzt enden muss.

Bitte nutzen Sie Ihre Gnadenmacht, um das Julian Assange zugefügte Unrecht wiedergutzumachen, seinen ungerechten Leidensweg zu beenden und ihn wieder mit seiner Familie zu vereinen!

Ich danke Ihnen bei allem Respekt, dass Sie diesen Appell mit Weitsicht, Grossmut und Mitgefühl berücksichtigen.

Bitte empfangen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

Quelle: <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26625&LangID=E> vom 22.12.2020 (Übersetzung Zeit-Fragen)

«Der föderale Staatsaufbau ...» Fortsetzung von Seite 2

genannten kritischen Patriotismus der Nachkriegsgeneration einzuordnen hilft.

Die EU – ein Produkt amerikanischer Nachkriegspolitik

Lebensgeschichtlich bedeutsam erscheint mir persönlich die im Buch aufgearbeitete ironisierende Attacke auf das Selbstverständnis der Schweizer, beispielsweise durch Max Frisch. Dieser trat 1970 mit seinem «Wilhelm Tell für die Schule» als Schulmeister der Nation auf. Der Literat wollte den Mythos vom widerspenstigen Freiheitskämpfer brechen (Und erntete dafür 1974 ausgerechnet den

Grossen Schillerpreis der Schweizerischen Schillerstiftung!).

Für viele Gymnasiasten schuf er ein Kultbuch. Und von den meisten Zeitgenossen unbemerkt, unterstützte er einen neuen Mythos, denjenigen der Supranationalität, Kernideologie der Europäischen Union.

Die EU war immer ein politisches und nicht ein wirtschaftliches Projekt auf dem europäischen Kontinent. Das geht aus vielen Dokumenten seit ihrer Gründungszeit hervor.

Und man sollte aufhören, sie als «Friedensprojekt» anzupreisen. Sie wurde im Zuge der amerikanischen Nachkriegspolitik von Washington Schritt für Schritt gegen vorbestehende Initiativen europäischer Länder durchgesetzt. Wer geglaubt hatte, dass sie zum Zweck

der Friedenssicherung in Europa geschaffen wurde, sollte spätestens seit den 1990er Jahren enttäuscht sein, als die führenden Länder der damaligen EU fünfzig Jahre nach 1945 wieder Krieg auf den Balkan trugen.

Ausblick

Nach der Analyse folgt der Ausblick: Die Schweizer sollten dem Integrationsdruck der EU mit mehr Selbstbewusstsein widerstehen, denn sie haben gute Gründe dafür. Wer die Völker nur nach ihrem Handelsvolumen respektiert, kann sowieso keine «Gemeinschaft» bilden.

Unsere politische Kultur hat sich bewährt, und sie istentwicklungsfähig. Unser duales Berufsbildungssystem gibt der ganzen Bevöl-

kerung eine Chance im Erwerbsleben. Es hilft, die soziale Schere zwischen Bevorteilten und Benachteiligten zu schliessen. Und der föderale Staatsaufbau bietet Spielraum für differenzierte Lösungen, die sich im Vergleich unter den Verwaltungseinheiten bewähren müssen. Darauf besteht nicht einmal ein Copyright. •

¹ Zimmer, Olivier. *Wer hat Angst vor Tell. Unzeitgemässes zur Demokratie*. Basel 2020. Echtzeit. ISBN 978-3-906807-21-8, Neuauflage (unverändert) erscheint am 31.1.2021

² Oliver Zimmer zitiert Lord Hoffmann mit den Worten: «So wird versucht, die Herderianische Vielfalt der Institutionen und Gebräuche, dieses Merkmal einer lebendigen europäischen Kultur, in eine Voltairesche Unité de Doctrine zu verwandeln.» (Aus: *The modern Law Review*, Bd. 62, Nr. 2, 1999; zit. nach Zimmer, S. 158)

«Der grosse Vorwand ...»

Fortsetzung von Seite 3

Eine mächtige Lobby

Was ist es genau? Ich würde das WEF als eine Kombination von kapitalistischer Beratungsfirma und gigantischer Lobby beschreiben. Die futuristischen Vorhersagen sind darauf angelegt, Investoren in profitable Bereiche der, wie Schwab es nennt, «Vierten Industriellen Revolution (4IR)» zu führen und dann, wenn die Bereiche definiert sind, Druck auf Regierungen auszuüben, um solche Investitionen durch Subventionen, Steuererleichterungen, Beschaffungen, Vorschriften und Gesetze zu unterstützen. Kurz gesagt, das WEF ist die Lobby für neue Technologien, alles Digitale, künstliche Intelligenz, Transhumanismus.

Es ist heute mächtig, weil es in einem Umfeld des Staatskapitalismus operiert, in welchem die Rolle des Staates (vor allem in den Vereinigten Staaten, weniger in Europa) weitgehend darauf reduziert wurde, positiv auf die Forderungen solcher Lobbys, insbesondere des Finanzsektors, zu reagieren. Da sie durch Wahlkampfspenden gegen die obskuren Wünsche der einfachen Leute immunisiert sind, brauchen die meisten der heutigen Politiker praktisch die Führung von Lobbys wie dem WEF, die ihnen sagen, was sie tun sollen.

Im 20. Jahrhundert, insbesondere während des *New Deal*, stand die Regierung unter dem Druck widersprüchlicher Interessen. Der wirtschaftliche Erfolg der Rüstungsindustrie während des Zweiten Weltkriegs liess einen *Militärisch-Industriellen Komplex* (MIC) entstehen, der zu einem dauerhaften Strukturfaktor in der US-Wirtschaft geworden ist.

Es ist die dominante Rolle des MIC und der daraus resultierenden Lobbys, die die Nation endgültig in einen Staatskapitalismus anstelle einer Republik verwandelt haben.

Der Beweis für diese Transformation ist die Einstimmigkeit, mit der der Kongress nie davor zurückschreckt, grotesk aufgeblähte Militärbudgets zu genehmigen. Der MIC hat Medien und Think tanks hervorgebracht, welche die Öffentlichkeit ununterbrochen damit indoktrinieren, es sei existenziell notwendig, den Reichtum der Nation weiterhin in Kriegswaffen zu investieren. Sofern die Wähler nicht zustimmen, können sie keine Mittel des politischen Ausdrucks finden angesichts von Wahlen, die von zwei Pro-MIC-Parteien monopolisiert werden.

Das WEF kann als analog zum MIC gesehen werden. Es beabsichtigt, Regierungen und Meinungsmacher für die Förderung einer «4IR» zu gewinnen, welche die zivile Wirtschaft und das zivile Leben selbst dominieren wird.

Die Pandemie ist ein vorübergehender Vorwand; die Notwendigkeit, «die Umwelt zu schützen», wird der nachhaltigere Vorwand sein. Genauso wie der MIC als absolut notwendig dargestellt wird, um «unsere Freiheiten zu schützen», wird die 4IR als absolut notwendig angepriesen werden, um «die Umwelt zu retten» – und in beiden Fällen werden viele der verfochtenen Massnahmen den gegenteiligen Effekt haben.

Bisher hat die Techno-Tyrannie von Schwabs 4IR ihren Platz im US-Staatskapitalismus noch nicht ganz erobert. Aber ihre Aussichten sehen gut aus. Das Silicon Valley trug massiv zur Kampagne von *Joe Biden* bei, und Biden hat sich beeilt, die Mogule in sein Übergangsteam zu berufen.

Aber die wirkliche Gefahr dabei, dass alle Macht an den Reset geht, liegt nicht in dem, was da ist, sondern darin, was nicht da ist: irgendeine ernsthafte politische Opposition.

Kann die Demokratie wiederhergestellt werden?

Dem Great Reset steht eine breite Strasse offen, aus dem einfachen Grund, dass ihm nichts im Wege steht. Kein weit verbreitetes Bewusstsein für die Probleme, keine effektive politische Organisation des Volkes, nichts. Schwabs Dystopie (Anti-Utopie) ist allein aus diesem Grund beängstigend.

Die Präsidentschaftswahlen 2020 haben gerade die fast vollständige Entpolitisierung des amerikanischen Volkes veranschaulicht. Das mag seltsam klingen angesichts der heftigen parteipolitischen Emotionen. Aber es war alles viel Lärm um nichts.

Es wurden keine wirklichen Themen debattiert, keine ernsthaften politischen Fragen aufgeworfen, weder zu Krieg noch zu den

Richtungen der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung. Bei den bösartigen Auseinandersetzungen ging es um Personen, nicht um Politik. Der stümperhafte *Trump* wurde beschuldigt, «Hitler» zu sein, und die von der Wall Street gekauften demokratischen Kriegstreiber wurden von Trumpisten als «Sozialisten» bezeichnet. Lügen, Beleidigungen und Verwirrung hatten überhandgenommen.

Eine Wiederbelebung der Demokratie könnte sich aus einer organisierten, konzentrierten Beschäftigung mit den von den Davoser Planern aufgeworfenen Fragen ergeben, aus der eine informierte öffentliche Meinung hervorgeht, die beurteilt, welche technischen Innovationen sozialverträglich sind und welche nicht.

Alarmrufe von den Rändern werden das intellektuelle Kräfteverhältnis nicht beeinflussen. Was wir brauchen, ist, dass sich die Menschen überall zusammenfinden, um die Probleme zu studieren und eine fundierte Meinung über Ziele und Methoden der zukünftigen Entwicklung zu erarbeiten.

«Genauso wie der MIC [Militärisch Industrielle Komplex] als absolut notwendig dargestellt wird, um «unsere Freiheiten zu schützen», wird die 4IR als absolut notwendig angepriesen werden, um «die Umwelt zu retten» – und in beiden Fällen werden viele der verfochtenen Massnahmen den gegenteiligen Effekt haben.»

Solange sie nicht mit sachkundiger und präziser Kritik konfrontiert werden, werden das Silicon Valley und seine unternehmerischen und finanziellen Verbündeten einfach damit weiterfahren, zu tun, was immer sie sich vorstellen, tun zu können, ungeachtet der sozialen Auswirkungen.

Eine seriöse Bewertung sollte zwischen potentiell nützlichen und unerwünschten Innovationen unterscheiden, um zu verhindern, dass populäre Vorstellungen dazu benutzt werden, Akzeptanz für jeden noch so verhängnisvollen «technologischen Fortschritt» zu gewinnen.

Fragen neu definieren

Die politischen Unterscheidungen zwischen links und rechts, zwischen Republikanern und Demokraten, haben an Schärfe zugenommen, während sie sich gerade selbst als inkohärent, verzerrt und irrelevant entpuppen und mehr auf ideologischen Voreingenommenheiten als auf Fakten basieren. Neue und fruchtbarere politische Orientierungen könnten durch die Konfrontation mit spezifischen, konkreten Themen aufgebaut werden.

Wir könnten die Vorschläge des Great Reset einen nach dem anderen aufgreifen und sie sowohl in pragmatischer als auch in ethischer Hinsicht überprüfen.

1. Dank der Pandemie hat die Nutzung von Telefonkonferenzen über *Skype*, *Zoom* oder andere neue Plattformen stark zugenommen. Das WEF begrüsst dies als einen Trend. Ist es deswegen schlecht? Fairerweise muss man sagen, dass diese Innova-

«Was wir brauchen, ist, dass sich die Menschen überall zusammenfinden, um die Probleme zu studieren und eine fundierte Meinung über Ziele und Methoden der zukünftigen Entwicklung zu erarbeiten.»

tion positiv ist, da sie es vielen Menschen ermöglicht, an Konferenzen teilzunehmen, ohne die Kosten, den Ärger und die Umweltkosten von Flugreisen. Die negative Seite ist, dass sie den direkten menschlichen Kontakt verhindert. Dies ist ein einfaches Problem, bei dem die positiven Punkte zu überwiegen scheinen.

2. Sollte die Hochschulbildung online gehen, wobei die Professoren Kurse für Studenten über das Internet geben? Dies ist eine weitaus kompliziertere Frage, die von den Bildungseinrichtungen selbst und den Gemeinschaften, denen sie dienen, gründlich diskutiert werden sollte, wobei das Für und Wider abzuwägen ist und man sich vor Augen halten sollte, dass diejenigen, die die Technologie bereitstellen, sie verkaufen wollen und sich wenig um den Wert des menschlichen Kontakts in der Bildung kümmern – nicht nur des menschlichen Kontakts zwischen Student und Professor, sondern auch der oft lebensbestimmenden Kontakte zwischen den Studenten selbst. Online-Kurse mögen für geografisch isolierte Studenten

von Vorteil sein, aber die Auflösung der Bildungsgemeinschaft wäre ein grosser Schritt zur Zerstörung der menschlichen Gemeinschaft insgesamt.

3. Gesundheit und «Wellness». Hier sollte die Diskussion deutlich hitziger werden: «In der Zeit nach der Pandemie», so Schwab und Malleret, «werden (insgesamt) drei Branchen florieren: Big Tech, Gesundheit und Wellness.» (dt. S. 241) Für die Davoser Planer verbinden sich die drei.

Diejenigen, die glauben, dass Wohlbefinden weitgehend selbst erzeugt wird und von Einstellungen, Aktivitäten und Lebensstilentscheidungen abhängt, übersehen das Wesentliche. «Die Kombination von KI [künstliche Intelligenz], Internet der Dinge, Sensoren und tragbarer Technologie wird neue Einblicke in das gesundheitliche Wohlbefinden der Menschen ermöglichen. Diese Systeme werden überwachen, wie es uns geht und wie wir uns fühlen, [...] werden präzise Informationen

über unseren CO₂-Fussabdruck, unsere Auswirkungen auf die Biodiversität, die Toxizität aller Inhaltsstoffe, die wir konsumieren, und die Umgebungen oder räumlichen Kontexte, in denen wir uns bewegen, bedeutende Fortschritte unseres Bewusstseins für das kollektive und individuelle Wohlbefinden bewirken.» (dt. S. 243f.)

Frage: Wollen oder brauchen wir diesen ganzen kybernetischen Narzissmus wirklich? Können wir das Leben nicht einfach geniessen, indem wir einem Freund helfen, eine Katze streicheln, ein Buch lesen, Bach hören oder einen Sonnenuntergang beobachten? Es wäre besser, wir entschliessen uns, bevor sie unsere Gedanken umarbeiten.

4. Essen. Um mir den gesunden Appetit nicht zu verderben, werde ich das überspringen. Die Tech-Zauberer möchten die Bauern mit all ihren schmutzigen Böden und Tieren abschaffen und in schönen, sauberen Labors kreierte, verbesserte, künstliche Lebensmittel industriell herstellen – aus was genau?

Das zentrale Thema: Homo faber

5. Was ist mit der menschlichen Arbeit? «Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die durch die Pandemie ausgelöste Rezession einen starken Anstieg der Arbeitssubstitution auslösen, das heisst körperliche Arbeit wird durch Roboter und «intelligente» Maschinen ersetzt, was wiederum dauerhafte und strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt hervorrufen wird.» (dt. S. 61f.)

Diese Ablösung ist bereits seit Jahrzehnten im Gange. Zusammen mit Outsourcing und Zuwanderung hat sie die kollektive Macht der Arbeit ohnehin schon geschwächt. Aber zweifellos sind die Tech-Industrien bereit, viel, viel weiter und schneller zu gehen, um Menschen aus der Arbeit zu verdrängen.

«Die Covid-19-Krise und die damit einhergehenden Massnahmen zur räumlichen Distanzierung haben diesen Prozess der Innovation und des technologischen Wandels nun plötzlich beschleunigt. Chatbots, die sich oft auf die gleiche Spracherkennungstechnologie wie *Alexa* von *Amazon* stützen, und andere Software, die Aufgaben anstelle von menschlichem Personal ausführen kann, setzen sich rasch durch. Diese, auf Notwendigkeit (wie z. B. Hygienemassnahmen) beruhenden Innovationen werden bald Hunderttausende und möglicherweise Millionen von Arbeitsplätzen kosten.» (dt. S. 62)

Die Senkung der Arbeitskosten ist seit langem das Leitmotiv dieser Innovationen, nebst der internen Dynamik der Tech-

nologieindustrie, «alles zu tun, was sie tun kann». Zur Rechtfertigung werden dann sozial nützliche Vorwände erfunden. Etwa so:

«Da die Verbraucher in nächster Zeit wahrscheinlich automatisierte Dienste einem persönlichen Kontakt vorziehen, wird das, was derzeit im Callcenter-Sektor geschieht, unweigerlich auch in anderen Bereichen auftreten.» (dt. S. 62)

«Da die Verbraucher wahrscheinlich vorziehen ...!» Jeder, den ich kenne, klagt über die Verzweiflung, wenn er versucht, die Bank oder die Versicherungsgesellschaft zu erreichen, um einen Notfall zu erklären, und statt dessen mit einer toten Stimme und einer Auswahl an irrelevanten Nummern zum Anklücken konfrontiert wird. Vielleicht unterschätze ich den Grad der Feindseligkeit gegenüber unseren Mitmenschen, der heute die Gesellschaft durchdringt, aber mein Eindruck ist, dass es eine grosse, unausgesprochene öffentliche Nachfrage nach *weniger* automatisierten Diensten und *mehr* Kontakt mit realen Menschen gibt, die ausserhalb des Algorithmus denken und das Problem tatsächlich *verstehen* können, anstatt einfach vorprogrammierte Fehlerkorrekturen auszuspucken.

Es gibt eine potentielle Bewegung da draussen. Aber wir hören nichts davon, weil uns unsere Medien einreden, das grösste Problem im täglichen Leben der Menschen bestehe darin, dass jemand seine Verwirrung zeige angesichts des verwirrten Gender-Geschlechts eines anderen.

Dabei, so behaupte ich, würde sich die Nachfrage der Verbraucher mit dem verzweifelten Bedürfnis der fähigen Menschen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, zusammenfügen. Die Technokraten verdienen ansehnliches Geld, indem sie anderen Menschen die Möglichkeit nehmen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Hier ist eine ihrer grossartigen Ideen. «So gibt es in so unterschiedlichen Städten wie Hangzhou, Washington DC und Tel Aviv Bemühungen, von Pilotprogrammen zu gross angelegten Aktionen überzugehen, die in der Lage sind, eine Armee von Lieferrobotern auf die Strasse und in die Luft zu bringen.» (dt. S. 185) Was für eine tolle Alternative zur Bezahlung eines existenzsichernden Lohns an menschliche Lieferanten!

Und nebenbei bemerkt: Ein Mann, der ein Lieferfahrrad fährt, nutzt erneuerbare Energie. Aber all diese Roboter und Drohnen? Batterien, Batterien und noch mehr Batterien! Hergestellt aus welchen Materialien, die woher kommen und wie produziert werden? Von noch mehr Robotern? Woher kommt die Energie, die nicht nur fossile Brennstoffe, sondern auch die menschliche körperliche Anstrengung ersetzen soll?

Auf dem letzten Treffen in Davos äusserte der israelische Intellektuelle *Yuval Harari* eine eindringliche Warnung:

Fortsetzung auf Seite 5

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach

CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18640618540067517005

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RLVGAT2B

IBAN AT553700000105713599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2020 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.

«Machtpolitik und Friedenspolitik versöhnen»?

Ist es sinnvoll, die Idee eines neutralen EU-Europas zum Thema zu machen?

von Karl-Jürgen Müller

Die Konzentration der öffentlichen Aufmerksamkeit auf das Thema «Corona» hat gute Gründe. Sie birgt aber auch die Gefahr in sich, andere wichtige Themen auszublenden. Die Weltpolitik vor Corona geht auch mit Corona weiter. Und leider muss man sagen, dass die Welt mit Corona keineswegs gerechter und friedlicher geworden ist – was, wäre dies der Fall, die Bekämpfung der Pandemie enorm erleichtert hätte bzw. erleichtern würde. In einer Welt vielfältigen Austausches ist es nämlich sehr schwer, wenn ein Land oder eine Ländergruppe alleine eine Pandemie erfolgreich bekämpfen will. Viel besser ginge es, wenn alle Staaten und Völker zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen. Aber das ist bislang nicht von allen gewollt. Wir erinnern uns, wie allergisch die EU reagierte, als China und Russland das in Europa von der Pandemie zuerst und damals am härtesten betroffene Land Italien mit Hilfslieferungen und Hilfskräften unterstützte. Oder was ist davon zu halten, wenn *Bill Gates* erst kürzlich wieder weltweite Zusammenarbeit bei den anstehenden Impfprogrammen forderte, dabei aber die russischen und chinesischen Anstrengungen beim Impfen unerwähnt liess?¹

Instrumente im Kalten Krieg

Mit der Ost- und Südost-Erweiterung von Nato und EU nach 1991 und den nach wie vor bestehenden Plänen für die Aufnahme oder Anbindung weiterer europäischer Länder – zum Beispiel mit den Assoziierungsabkommen der EU («Östliche Partnerschaft») oder mit der schön klingenden «Partnership for Peace» der Nato – war und ist auch die Absicht verbunden, die zentralisierte politische Steuerung und Kontrolle auf ganz Europa auszudehnen.

Obwohl von offizieller Seite immer wieder verschwiegen, muss man nach dem heutigen Kenntnisstand davon ausgehen, dass nicht nur die ersten Schritte der «europäischen Einigung» nach dem Zweiten Weltkrieg US-amerikanische Ziehväter hatten. Das im Jahr 2000 erschienene Buch von *Beate Neuss* «Geburts helfer Europas? Die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozess 1945–1958» ist keine «Verschwörungstheorie», sondern eine 1999 angenommene Habilitationsschrift einer etablierten Professorin der Politikwissenschaften an der Technischen Universität Chemnitz. So wie *Nato*, *Warschauer Pakt* und *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe* (RGW) waren auch *Montanunion*, *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG), *Europäische Atomgemeinschaft* (*Euratom*) und *Europäische Gemeinschaft* (EG) Instrumente im ersten Kalten Krieg. Und nach 1991 ging die Nato-Ost-Erweiterung der EU-Ost-Erweiterung voraus.

Frühe Stimmen für Neutralität in Europa

Es gab aber auch immer wieder Phasen der europäischen Geschichte nach dem Zweiten

«Eine EU mit einer «aktiven» Neutralitätspolitik könnte machtpolitische Ambitionen bremsen. Ein neutrales EU-Europa wäre sicher kein demokratisches Gebilde. Dies ist schon von der Konstruktion der EU her auch gar nicht möglich. Aber es wäre ein EU-Europa, das mehr dem Willen der Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedsstaaten entspricht – wenn denn dessen Neutralität und die daraus fließende Friedenspolitik eine ehrliche ist. Ein gutes Konzept für ein neutrales EU-Europa könnte dabei mithelfen, auch in den Mitgliedsländern, die gleichzeitig Nato-Mitglied sind und von denen mit Sicherheit erst einmal Widerspruch zu erwarten ist, ein Nachdenken in Gang zu setzen, wie sie ihre Nato-Mitgliedschaft künftig gestalten wollen. Einen ernsthaften Versuch wäre es wert. Besonders, wenn man berücksichtigt, dass ein Weitermarschieren auf dem bisherigen Weg ein Mehr und Mehr an Konfrontation und Kriegsgefahr bedeutet. Und das betrifft ganz Europa und die Welt insgesamt.»

Weltkrieg, in denen Stimmen in einzelnen europäischen Staaten oder gar staatenübergreifend die allzu enge Bindung an die Vereinigten Staaten von Amerika in Frage stellten. Für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, das besonders eng von den USA gesteuert und kontrolliert wurde, wurden diese Stimmen im 2001 veröffentlichten Buch von *Alexander Gallus*, «Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945–1990», zusammengetragen. Viele werden sich auch noch an die Jahre 2002 und 2003 erinnern, als der damalige deutsche Bundeskanzler *Gerhard Schröder* und der französische Staatspräsident *Jacques Chirac* mit breiter Zustimmung in ihren Ländern nicht beim völkerrechtswidrigen Irak-Krieg der USA mitmachen wollten und statt dessen eine engere Kooperation mit Russland suchten.

Das war ein Ausscheren aus den Plänen der «einzigsten Weltmacht», so wie sie der ehemalige US-Sicherheitsberater *Zbigniew Brzezinski* 1997 in seinem Buch über «Amerikas Strategie der Vorherrschaft» (englisches Original: «The Grand Chessboard») formuliert hatte. Für ihn waren die Europäer so etwas wie US-amerikanische Vasallen und der US-amerikanische «demokratische Brückenkopf». Frankreich und Deutschland spielten in diesen Vorstellungen – neben Polen und der Ukraine – eine zentrale Rolle.² Der Plan drohte zu platzen. Die US-Reaktionen waren harsch. Der damalige US-Verteidigungsminister *Donald Rumsfeld* strengte sich an, Europa, besser: EU-Europa – mit einer Unterscheidung von «altem» und «neuem» Europa – zu spalten und Frankreich und Deutschland zu disziplinieren.

Deutsches Verteidigungsministerium zwar wieder ganz auf US-Linie ...

Die Zeiten von Schröder und Chirac sind vorbei. Auch die US-Präsidentschaft von *Do-*

nald Trump wird im Januar zu Ende gehen. Frankreich und mehr noch Deutschland suchen wieder den engen Schulterschluss mit den USA, mit der kommenden US-Regierung. Die deutsche Verteidigungsministerin *Anne-gret Kramp-Karrenbauer* hat dies in den vergangenen Wochen deutlich zum Ausdruck gebracht: in ihrer Grundsatzrede vor Soldaten an der Bundeswehrhochschule am 17. November 2020 und jetzt erneut in einem Interview mit der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 11. Dezember 2020. Dort sagte sie unmissverständlich: «Es ist in unserem Interesse, die wichtigsten Schritte mit Amerika zu gehen. [...] Deshalb sollten wir im transatlantischen Bündnis Seite an Seite bleiben. [...] Wir teilen gemeinsame Werte und Interessen mit Amerika. [...] Es geht vor allem um die systemische Rivalität mit China. Für uns gibt es dabei keine Äquidistanz. Wir sind und bleiben Verbündete der Vereinigten Staaten. Deutschland ist europäisch integriert und ganz klar Teil des Westens.» Und auch: «Russland ist erkennbar eine Herausforderung.»

... aber das ist nicht Deutschland und Europa

Interessant ist indes, wie die Zeitung selbst Frau Kramp-Karrenbauer vorstellt: «Die 58jährige steht, wie wenige deutsche Politiker, für einen kritischen Umgang mit Russland und ein klares Bekenntnis zur Sicherheitspartnerschaft mit den USA.» (Hervorhebung durch Verfasser) Man muss hinzufügen: Die deutsche Verteidigungsministerin vertritt auch nicht die Mehrheitsmeinung der deutschen Bevölkerung. *Zeit-Fragen* hat hierüber mehrfach berichtet, zuletzt am 1. Dezember 2020.³ Und weitet man den Blick auf ganz EU-Europa, so erkennt man, dass es viele verschiedene Stimmen zur künftigen weltpolitischen Ausrichtung EU-Euro-

pas beziehungsweise der Länder gibt, aus denen diese Stimmen kommen. Viele Menschen in Europa, auch verantwortliche Politiker, sehen, dass die allzu enge Bindung an die USA eher eine Bindung an ein sinkendes Schiff ist und dass die Nachteile einer solchen engen Bindung immer grösser werden.

Die US-Politik der vergangenen Jahrzehnte, im Inneren des Landes wie auch in der Aussenpolitik, macht es immer schwerer, von «gemeinsamen Werten» zu sprechen. US-Sanktionen gegen alle, die mit Russland frei und nach ihren Vorstellungen Handel treiben wollen, oder eine zunehmend feindliche Haltung gegenüber China stossen nicht überall in Europa auf Zustimmung. Zunehmend mehr Verantwortliche wissen, dass die Zeit der «einzigsten Weltmacht» vorbei ist, dass aber auch noch sehr unklar ist, wie die «neue» Weltordnung aussehen wird und wie es gelingen kann, bei den Verwerfungen, die zu befürchten sind, nicht als Vasall der USA unter die Räder zu geraten.

Micheline Calmy-Rey schlägt neutrales EU-Europa vor

Solche Überlegungen passen zu einer Idee, die aktuell von *Micheline Calmy-Rey*, der ehemaligen Bundesrätin und Vorsteherin des *Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten* (EDA), formuliert wurde: ausführlich in ihrem neuen Buch «Die Neutralität. Zwischen Mythos und Vorbild» und gestrafft in einem Gastbeitrag für die «Neue Zürcher Zeitung» vom 16. Dezember 2020.

Ihre Argumentation ist folgende: Die «Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik» der EU spielt bei weltpolitisch bedeutsamen Fragen bislang praktisch keine Rolle.⁴ Woran liegt das? Ein Blick auf die Geschichte der Schweiz kann bei der Beantwortung dieser Frage vielleicht weiterhelfen: «In der Schweiz sind wie in der EU viele Sprachen und Kulturen zu Hause, und die Neutralität hat es ihr erlaubt, ihren inneren Zusammenhang zu festigen und von der übrigen Welt für eine verlässliche und nützliche Aussenpolitik geachtet zu werden.»⁵ Gepaart mit der eigenen Verteidigungsfähigkeit, war die bündnispolitische Neutralität für die Eidgenossenschaft das Mittel der Wahl, um sich zunächst nach aussen abzusichern und später aussenpolitische Wirkung entfalten zu können.

Anmerken kann man hier, dass zum Beispiel die Fronten im Ersten Weltkrieg auch in die Schweiz hineinwirkten und es deutliche Meinungsunterschiede in der deutschsprachigen und in der französischsprachigen Schweiz gab. Eine irgendwie geartete militärische Bündnisentscheidung hätte die Schweiz damals zerrissen. Im Zweiten Weltkrieg dagegen war sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung einig. Die bewaffnete Neutralität war in beiden Kriegen ein

Fortsetzung auf Seite 6

«Der grosse Vorwand ...»

Fortsetzung von Seite 4

«Während die Menschen in der Vergangenheit gegen die Ausbeutung kämpfen mussten, wird im 21. Jahrhundert der wirklich grosse Kampf der gegen die Bedeutungslosigkeit sein. [...] Diejenigen, die im Kampf gegen die Bedeutungslosigkeit scheitern, werden eine neue «nutzlose Klasse» bilden – nicht aus der Sicht ihrer Freunde und ihrer Familie, sondern nutzlos aus der Sicht des wirtschaftlichen und politischen Systems. Und diese nutzlose Klasse wird durch eine immer grösser werdende Kluft von der immer mächtiger werdenden Elite getrennt sein.»¹

6. Und das Militär. Unsere kapitalistischen Untergangspropheten prophezeien den Teilkollaps der zivilen Luftfahrt und der Luftfahrtindustrie, da die Menschen alle beschliessen, zu Hause zu bleiben und an ihren Bildschirmen zu kleben. Aber keine Sorge!

«Eine Ausnahme stellt der Luft- und Raumfahrtsektor im Verteidigungsbereich dar, der relativ sicher zu sein scheint.» (dt. S. 231) Für Kapitalinvestitionen zumin-

dest. Anstatt auf Ferien an sonnigen Stränden können wir uns auf Weltraumkriege freuen. Das könnte eher früher als später passieren, denn, wie die *Brookings Institution* in einem Bericht von 2018 darüber, «How artificial intelligence is transforming the world» («Wie künstliche Intelligenz [KI] die Welt verändert»), feststellt, geht alles schneller, auch der Krieg:

«Die mit KI verbundene Big-Data-Analytik wird die nachrichtendienstliche Analyse tiefgreifend beeinflussen, da riesige Datenmengen nahezu in Echtzeit gesichtet werden [...] und damit Kommandeuren und ihren Stäben ein bisher nicht gekanntes Mass an nachrichtendienstlicher Analyse und Produktivität liefern. Die Befehls- und Kontrollfunktionen werden in ähnlicher Weise betroffen sein, da menschliche Befehlshaber bestimmte Routine-, und unter besonderen Umständen Schlüsselentscheidungen an KI-Plattformen delegieren, wodurch sich die Zeit drastisch verkürzt, die Entscheidung und anschließende Aktion verknüpft.»²

Es besteht also keine Gefahr, dass irgendein weicherziger Offizier aus sentiment-

aler Verbundenheit mit der Menschheit zögert, den dritten Weltkrieg zu beginnen. Wenn die KI-Plattform eine Gelegenheit sieht, dann nichts wie los!

«Letztendlich ist Kriegsführung ein Wettbewerbsprozess um die Zeit, bei dem die Seite, die am schnellsten entscheidet und am schnellsten zur Ausführung übergehen kann, in der Regel die Oberhand behält. In der Tat können künstlich intelligente Informationssysteme, verbunden mit KI-gestützten Kommando- und Kontrollsystemen, die Entscheidungsunterstützung und Entscheidungsfindung auf eine Geschwindigkeit bringen, die der Geschwindigkeit der traditionellen Mittel der Kriegsführung weit überlegen ist. Dieser Prozess wird so schnell sein, insbesondere wenn er mit automatischen Entscheidungen zum Einsatz künstlich intelligenter autonomer Waffensysteme mit tödlicher Wirkung gekoppelt ist, dass ein neuer Begriff geprägt wurde, um die Geschwindigkeit der Kriegsführung zu beschreiben: Hyperwar.»³

Die Amerikaner haben die Wahl. Entweder sie streiten sich weiter über Belanglosigkei-

ten oder sie wachen auf – wachen wirklich auf, erkennen die geplante Realität und tun etwas dagegen.

Die Zukunft wird durch Investitionsentscheidungen gestaltet. Nicht durch unanständige Reden, nicht einmal durch Wahlen, sondern durch Investitionsentscheidungen. Damit das Volk seine Macht zurückgewinnt, muss es seine Herrschaft darüber, wie und für welche Zwecke Kapital investiert wird, wieder geltend machen.

Und wenn privates Kapital sich dagegen sperrt, muss es sozialisiert werden. Das ist die einzige Revolution – und es ist auch der einzige Konservatismus, der einzige Weg, um anständiges menschliches Leben zu erhalten. Darum geht es in der Realpolitik. •

¹ <https://www.weforum.org/agenda/2020/01/yuval-harari-warning-davos-speech-future-predictions/>

² <https://www.brookings.edu/research/how-artificial-intelligence-is-transforming-the-world/>

³ a.a.O.

Quelle: *consortiumnews.com*; Abdruck mit der freundlichen Genehmigung der Autorin.

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Der US-Plan zur Beherrschung des Weltraums

von Manlio Dinucci*, Italien



Manlio Dinucci
(Bild zvg)

Cape Canaveral (Florida), von wo aus 1969 die Apollo-Raumfahrt der Nasa startete, ist gemeinsam mit der Patrick Base, ebenfalls in Florida, zum Hauptquartier der U.S. Space Force Basis geworden. Bei der Einweihungsfeier am 9. Dezember 2020 verkündete Vizepräsident Mike Pence: «Unsere Space Force wird jeden Tag stärker.»

Die U.S. Space Force ist ein neuer Zweig der U.S.-Streitkräfte und wurde im Dezember 2019 gegründet. Ihre Aufgabe ist es, «die Interessen der USA und ihrer Verbündeten im Weltraum zu schützen, militärische Weltraum-systeme zu beschaffen, militärische Weltraum-experten zu bilden, die Militärdoktrin für Weltraumstreitkräfte zu entwickeln und Weltraumstreitkräfte zu organisieren, um sie unseren Kampfkommandos zu unterstellen.»

Die zentrale Aufgabe dieser neuen Truppe wurde von Präsident Trump bei der Ankündigung ihrer bevorstehenden Aufstellung im August 2019 ausdrücklich genannt: «Die amerikanische Vorherrschaft im Weltraum, dem nächsten Kriegsschauplatz, sicherzustellen.»

Im Gefolge der neuen U.S. Space Force startete die Nato ein militärisches Weltraumprogramm, das vom Pentagon und von einem eingeschränkten europäischen Militärgipfel zusammen mit den wichtigsten Luft- und Raumfahrtindustrien vorbereitet wurde. Wie wichtig der Weltraum ist, zeigt die Tatsache, dass sich derzeit etwa 2800 einsatzbereite künstliche Satelliten im Weltall um die Erde befinden. Über 1400

davon sind amerikanisch. An zweiter Stelle steht China mit über 380 Satelliten, an dritter Stelle Russland mit knapp über 170. Die meisten Satelliten, über 1000, sind für gewerbliche Zwecke bestimmt. Dann kommen jene für militärische, staatliche und zivile Zwecke (die beiden letztgenannten Typen werden oft auch für militärische Aktivitäten genutzt).

Darüber hinaus gibt es etwa 6000 inaktive Satelliten, die weiterhin die Erde umkreisen, zusammen mit Millionen von Objekten und Fragmenten unterschiedlicher Grösse. Der Weltraum ist zunehmend überfüllt und immer stärker umkämpft. Die Giganten der Telekommunikation, Börsen, grosse Finanz- und Handelskonzerne operieren mit ihren Satelliten im Weltraum. Es wird prognostiziert, dass sich die Anzahl der Satelliten innerhalb dieses Jahrzehnts verfünffachen wird, hauptsächlich betrieben durch die 5G-Technologie. Das von privaten Unternehmen geschaffene kommerzielle 5G-Netz kann für militärische Zwecke genutzt werden, insbesondere für Hyperschallwaffen, und das mit wesentlich geringerem Aufwand. In diesem Zusammenhang ist es verständlich, warum die Vereinigten Staaten ihre Space Force gebildet haben. Die US-Macht spielt die Karte der militärischen Überlegenheit auch im Weltraum aus und sieht den wirtschaftlichen und technologischen Vorsprung vor allem gegenüber China schwinden. Das Ziel ist klar: den Weltraum zu dominieren und nicht nur die militärische, sondern auch die wirtschaftliche und technologische Überlegenheit zu erhalten.

Das Ergebnis dieser Strategie ist ebenso klar. Seit 2008 haben Russland und China den Vereinten Nationen wiederholt einen neuen Vertrag (nach dem Vertrag von 1967) vorgeschlagen, der die Stationierung von Waffen im Weltraum verbietet, aber die USA haben ihn immer abgelehnt. Russland und China bereiten sich deshalb auf eine militärische Konfrontation im Weltraum vor, zu der sie die Möglichkeit haben. Die Schaffung der U.S. Space Force löst daher eine neue, noch gefährlichere Phase des Wettrennens aus, die auch Atomwaffen vorsieht.

Von der Nutzung von Weltraumsystemen für Spionage, militärische Telekommunikation, Raketensteuerung, Bomben und Drohnen geht es weiter zu Waffensystemen, die im Weltraum plaziert, die Satelliten des Gegners vor einem Angriff lahmlegen und Bodenziele, wie z. B. ganze Städte, direkt aus dem All zerstören können.

All dies wird unter der Decke des medialen Schweigens versteckt. Aus der politischen, wissenschaftlichen, akademischen und kulturellen Welt kommen keine kritischen oder abweichenden Stimmen. Gleichzeitig steigt die Finanzierung von wissenschaftlichen In-

stituten und Universitäten durch Regierungen und die Rüstungsindustrie für Forschungen, die oft als zivil getarnt sind und die der Entwicklung von militärischen Raumfahrtssystemen dienen. Die einzigen Stimmen, die sich zu Wort melden, sind die der neuen U.S. Space Force, die erklärt, dass der Weltraum «wesentlich für unsere Sicherheit und unseren Wohlstand in unserem täglichen Leben ist, sogar wenn wir unsere Kreditkarte an der Zapfsäule benutzen».

Quelle: «Il piano USA di dominio dello spazio», in: *il manifesto* vom 15. Dezember 2020 (Übersetzung Zeit-Fragen)

Thukydides-Falle – ein neuer strategischer Begriff ist geboren

von Gotthard Frick, Bottmingen



Gotthard Frick
(Bild zvg)

Wer sich an seinen lange zurückliegenden Geschichtsunterricht erinnert, weiss vielleicht noch, dass im alten Griechenland Thukydides, ein Stratege und Autor, lebte. Die damalige «Grossmacht» Athen beobachtete mit steigendem Unmut das aufstrebende Sparta.

Die Konkurrenz der beiden entlud sich schliesslich im 5. Jahrhundert vor unserer Zeit im langen Peloponnesischen Krieg, der zu Niederlage und Bedeutungsverlust Athens führte (Thukydides berichtete unter dem Titel «Der Peloponnesische Krieg» ausführlich darüber).

Graham T. Allison, Douglas Dillon Professor of Government an der Harvard Kennedy School, hat mit seinem Buch «Destined for War: Can America and China Escape Thucydides Trap?» (2017) den Begriff «Thukydides-Falle» geprägt und meint damit Entwicklungen, wie sie damals Athen und Sparta betrafen und heute zum Beispiel die USA und China. Das heisst eine dominierende Grossmacht

fühlt sich durch einen Aufsteiger konkurrenziert, verdrängt, dann ernsthaft bedroht, was möglicherweise zu einem Krieg führt. (Das vor der Inkraftsetzung stehende neue chinesische Verteidigungsgesetz, unterstützt durch eine massive Aufrüstung, verheisst diesbezüglich nichts Gutes.)

In einem Interview der bedeutenden Tageszeitung der KP Chinas, der «Global Times» vom 13. Dezember dieses Jahres, mit Professor Allison kann man lesen, dass sogar Xi Jinping, der Staatspräsident Chinas, bereits mehrmals unter Hinweis auf die Spannungen und die Gefahr eines Krieges mit den USA von der «Thukydides-Falle» sprach. Deretwegen hat der chinesische Staatsrat und Aussenminister Wang Yi vor wenigen Tagen gefordert, China und die USA müssten auf allen Stufen Verhandlungen aufnehmen und dauerhafte Lösungen suchen, um friedlich zu koexistieren («Global Times»: «Compete and Coexist»). «Thukydides-Falle» dürfte als neuer Begriff im Wörterbuch der Strategie seinen Platz gefunden haben. Schon in der Mai-2019-Ausgabe der *Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift* forderte der Verfasser aus demselben Grund: «Die Welt braucht einen neuen Westfälischen Frieden.»

* Manlio Dinucci ist Geograph und Geopolitiker. Letzte veröffentlichte Werke: «Laboratorio di geografia», Zanichelli 2014; «Diario di viaggio», Zanichelli 2017; «L'arte della guerra/Annali della strategia USA/Nato 1990–2016», Zambon 2016. «Guerra nucleare. Il giorno prima. Da Hiroshima a oggi: chi e come ci porta alla catastrofe», Zambon 2017; «Diario di guerra. Escalation verso la catastrofe (2016–2018)», Asterios Editores 2018

«Machtpolitik und Friedenspolitik ...»

Fortsetzung von Seite 5

Segen für das Land und für die Nachbarländer, denen die Schweiz mit dem IKRK und vielen freiwilligen Helfern nach Kräften beistehen konnte.

In ihrem Artikel für die «Neue Zürcher Zeitung» schreibt Frau Calmy-Rey: «Bedenkt man die Mechanismen, die die junge Eidgenossenschaft zu einer Politik der Neutralität bewegten, wäre dann letztlich nicht auch ein neutrales Europa vorstellbar? Mit einem Bekenntnis zur aktiven Neutralität würde die EU [...] eine Entwicklung in Gang setzen, dank der sie Machtpolitik und Friedenspolitik versöhnen könnte. Sonst ist davon auszugehen, dass die EU angesichts fortdauernder Uneinigkeit und innerer Spannungen zu einer eher unbedeutenden Aussen- und Sicherheitspolitik gezwungen wird.»

Welchen Weg wird die Aussen- und Sicherheitspolitik der EU gehen?

Mit dem «Vertrag über die Europäische Union» (früher: EU-Vertrag) hatten die den Vertrag schliessenden Regierungen der EU-Staaten 2007 noch einmal bekräftigen wollen, dass nicht mehr alleine die einzelnen Mitgliedsstaaten Aussen- und Sicherheitspolitik betreiben, sondern alle Mitgliedsländer auch zusammen. Immerhin 26 von 55 Artikeln des Vertrages von 2007 befassen sich mit der Gemeinsamen Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es galt (und gilt) das Einstimmigkeitsprinzip im *Europäischen Rat* (Versammlung der Staats- und Regierungschefs) und im zuständigen *Rat der Europäischen Union* (Ministerrat). Im Bereich der Gemeinsamen Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik entscheiden die Regierungsvertreter alleine («intergouvernemental»), ohne EU-Kommission und EU-Parlament. Der «Sprecher» der Gemeinsamen Aussen-

Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der «Hohe Vertreter der Europäischen Union für Aussen- und Sicherheitspolitik», derzeit der Spanier Joseph Borell, ist zwar auch Mitglied der EU-Kommission, sogar einer der Vizepräsidenten, faktisch aber nicht mehr als ein Verwaltungschef.

Der «Vertrag über die Europäische Union» schreibt kein Bündnis mit den USA oder mit der Nato vor. Trotzdem orientierte sich die Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU da, wo es konkret geworden ist, bislang fast ausnahmslos an den Vorgaben der US-Politik. Ein Beispiel sind die EU-Sanktionen gegen Russland. Überhaupt besteht der Kern der bisherigen EU-Aussenpolitik aus Sanktionsbeschlüssen. Eine eigenständige Aussen- und Sicherheitspolitik der EU ist bislang nicht zu erkennen.

Nichtsdestoweniger ist in den vergangenen Jahren wieder deutlicher geworden, wie sehr sich auch EU-Europa aus sehr verschiedenen Völkern mit sehr verschiedenen kulturellen Traditionen und Bindungen zusammensetzt. Auch in vielen aussenpolitischen und sicherheitspolitischen Fragen gibt es wieder mehr verschiedene Positionen. Und möchten die EU-Staaten tatsächlich «Machtpolitik und Friedenspolitik versöhnen», so geht das heute nicht mit einer Orientierung an USA und Nato. Insofern hat Micheline Calmy-Rey einen interessanten Gedanken formuliert.

Nicht mehr vor den Karren machtpolitischer Ambitionen spannen lassen

Die Frage ist berechtigt: Ist es nicht eher ein schöner, aber unrealistischer Traum, dass die EU «Friedenspolitik» betreibt? Man darf aber auch folgende Frage hinzufügen: Aber liegt dies nicht vor allem an der Machtpolitik einzelner ihrer Mitgliedsstaaten beziehungsweise der externen Macht USA, die der gesamten EU ihren Stempel in ihrem nach mehr Macht strebenden Sinne aufdrücken wollen?

Friedenspolitik ist heute dringender denn je – auch in Anbetracht einer weltweiten Pandemie. Eine EU, die sich in ihrer Aussen- und Sicherheitspolitik vor den Karren machtpolitischer Ambitionen der USA oder auch eines oder mehrerer ihrer machthungrigen Mitgliedsländer – die ja auch eine Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip in der Aussen- und Sicherheitspolitik fordern – spannen lässt, ist eine Gefahr für den Frieden.

Eine EU mit einer «aktiven» Neutralitätspolitik hingegen könnte machtpolitische Ambitionen bremsen. Ein neutrales EU-Europa wäre sicher kein demokratisches Gebilde. Dies ist schon von der Konstruktion der EU her auch gar nicht möglich. Aber es wäre ein EU-Europa, das mehr dem Willen der Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedsstaaten entspricht – wenn denn dessen Neutralität und die daraus fließende Friedenspolitik eine ehrliche ist. Ein gutes Konzept für ein neutrales EU-Europa könnte dabei mithelfen, auch in den Mitgliedsländern, die gleichzeitig Nato-Mitglied sind und von denen mit Sicherheit erst einmal Widerspruch zu erwarten ist, ein Nachdenken in Gang zu setzen, wie sie ihre Nato-Mitgliedschaft künftig gestalten wollen. Einen ernsthaften Versuch wäre es wert. Besonders, wenn man berücksichtigt, dass ein Weitermarschieren auf dem bisherigen Weg ein Mehr und Mehr an Konfrontation und Kriegsgefahr bedeutet. Und das betrifft ganz Europa und die Welt insgesamt.

Zusammenarbeit». Die USA seien ein guter Hege- mon. Dementsprechend endet sein Kapitel «Der demokratische Brückenkopf» auf Seite 129 wie folgt: «Amerikas zentrales geostrategisches Ziel in Europa lässt sich als ganz einfach zusammenfassen: Durch eine glaubwürdigere transatlantische Partnerschaft muss der Brückenkopf der USA auf dem eurasischen Kontinent so gefestigt werden, dass ein wachsendes Europa ein brauchbares Sprungbrett werden kann, von dem aus sich eine internationale Ordnung der Demokratie und Zusammenarbeit nach Eurasien hinein ausbreiten lässt.» Man muss solche Formulierungen eindeutschen.

³ «Dialog an der Wolga»; in: *Zeit-Fragen* Nr. 27 vom 1.12.2020

⁴ Zur desolaten Situation der «Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik» (GASP) der EU hat die deutsche «Stiftung Wissenschaft und Politik» (SWP) im November 2020 eine umfangreiche Studie veröffentlicht: «GASP. Von der Ergebnis- zur Symbolpolitik. Eine datengestützte Analyse» (https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2020A86_GASPOutput.pdf) Diese Studie dient allerdings nicht der Friedenspolitik, sondern orientiert sich an machtpolitischen Ambitionen wohl vor allem der deutschen Regierung.

⁵ Dass die Schweizer Neutralität in ihrer Geschichte nicht nur eine aussen- und sicherheitspolitische Dimension hatte, gilt heute als allgemein anerkannt. So heisst es im *Historischen Lexikon der Schweiz* (<https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/016572/2010-11-09/>; Eintrag zur «Neutralität» vom 9.11.2010): «Als übergeordnetes Ziel der Neutralität lässt sich aus deren Geschichte die Wahrung des inneren und äusseren Friedens im Rahmen relativer Unabhängigkeit und des Gemeinwohls ableiten. Vor diesem Hintergrund können fünf Funktionen der Neutralität identifiziert werden: die Integrations-, Unabhängigkeits-, Freihandels-, Gleichgewichts- und Dienstleistungsfunktion. Die Integrationsfunktion diente dem inneren Frieden und Zusammenhalt der konfessionell und kulturell heterogenen Eidgenossenschaft. [...] Der Schwerpunkt der alt eidgenössischen Neutralität lag für die konfessionell gesplattete und bündnispolitisch vielschichtig verpflichtete Eidgenossenschaft auf der Integrations- sowie auf der Unabhängigkeitsfunktion. Die aussenpolitische Abstinenz stellte eine wesentliche Bedingung für das Wechselspiel von Konsolidierung und Vertiefung der Integration dar. Die Neutralität stiftete Einheit.»

¹ «Telemedizin und mehr: Bill Gates nennt positive Folgen der Corona-Pandemie»; in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8.12.2020 (<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/digitec/bill-gates-sieht-positive-folgen-von-corona-mehr-innovationen-17091415.html>)

² Brzezinski ist ein Meister der Vertuschung und Beschönigung. Der US-Politik gehe es bei ihrem Streben nach der «einzigsten Weltmacht» alleine um «eine internationale Ordnung der Demokratie und

Schülerinnen und Schüler zeigen immer schlechtere Leistungen

Ergebnisse einer Lehrerbefragung in Basel-Stadt und Baselland

von Michael Pedrazzi, Vorstand Starke Schule beider Basel

Die Starke Schule beider Basel (SSbB) führte in den vergangenen zwei Wochen [vor dem 16. Dezember 2020] eine breit angelegte Umfrage zum Thema «Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler heute im Vergleich zu vor fünf Jahren» bei den Lehrpersonen der Schulstufen Primar, Sek I und Sek II durch. Die Ergebnisse sind ernüchternd: Eine deutliche Mehrheit der Lehrpersonen stuft die Leistungen der Schülerinnen und Schüler heute schlechter oder deutlich schlechter ein als früher.

An der Umfrage beteiligten sich 506 Lehrpersonen der Volksschulen sowie der weiterführenden Schulen aus den beiden Basler Halbkantonen. Damit ist sie aussagekräftig. Teilnehmen durften ausschliesslich Lehrpersonen, die über mindestens fünf Jahre Unterrichtserfahrung verfügen und damit die Situation heute mit der von früher vergleichen können. Die Pädagoginnen und Pädagogen gaben Auskunft darüber, wie sie die Entwicklung der Leistung der Schülerinnen und Schüler in den verschiedenen Fächern sehen. Dabei konnten sie folgende fünf Abstufungen verwenden: «deutlich schlechter», «schlechter», «ungefähr gleich», «besser» und «deutlich besser». Die Lehrpersonen konnten ihre Einschätzung und die Ursachen differenziert begründen.

Die Ergebnisse sind deprimierend: Das Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler wird von den Lehrpersonen im Vergleich zu vor fünf Jahren oder früher mit 63,6% als schlechter oder deutlich schlechter eingestuft. Lediglich 7,9% stuften die Leistung der heutigen Schülerinnen und Schüler als besser oder deutlich besser ein. 28,5% sehen keinen relevanten Leistungsunterschied.

Signifikanter Unterschied in den beiden Basler Halbkantonen

Von den 506 Lehrpersonen unterrichten 264 in Baselland, 242 in Basel-Stadt. In beiden Halbkantonen sind sich die Befragten einig: In Baselland geben 70,8% an, dass das heutige Niveau entweder schlechter oder deutlich schlechter sei. Der Stadtkanton macht dieselbe Aussage mit 55,8%. Lediglich 7,6% in Baselland respektive 8,2% in Basel-Stadt gaben an, dass sich das Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler in den letzten Jahren im Vergleich zu früher verbessert habe.

Dass die Baselbieter Lehrpersonen eine grössere Verschlechterung des Leistungsniveaus sehen als ihre Arbeitskolleginnen und -kollegen im Stadtkanton, hat möglicherweise auch mit dem etwas exotischen Schulmodell (Orientierungs- und Weiterbildungsschule) der vergangenen Jahrzehnte zu tun, welches erst vor kurzem ersetzt wurde. Viele Fachleute machen dieses Basler Schulmodell für die Bildungsmisere in den letzten 15 Jahren verantwortlich.

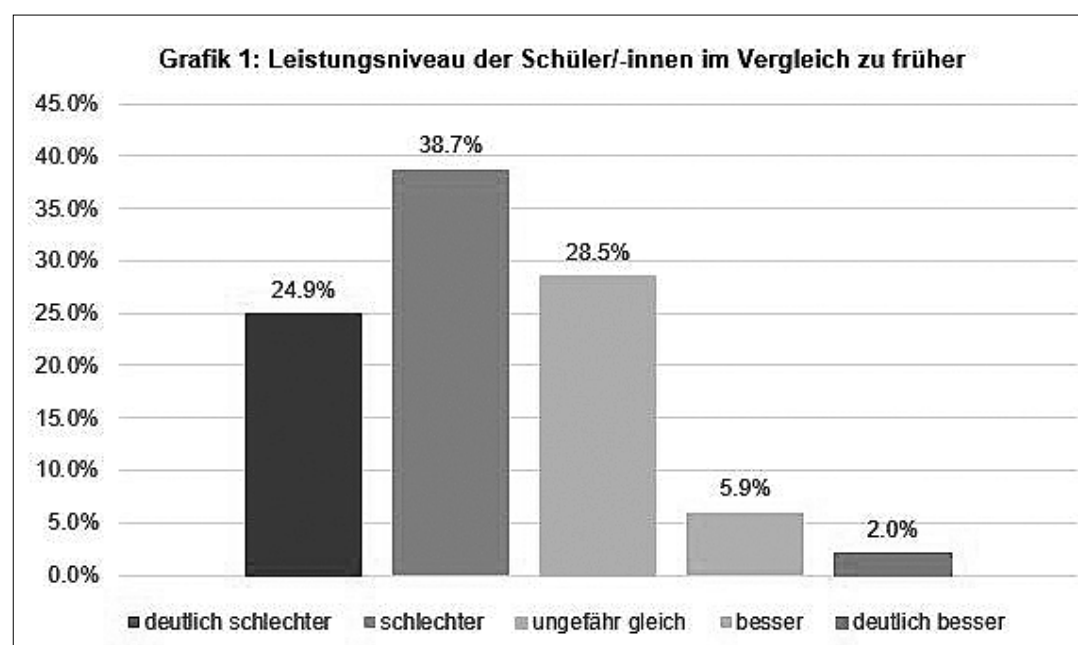
Vergleich zwischen den einzelnen Schulstufen

Werden die drei Schulstufen Primar, Sek I und Sek II beider Halbkantone miteinander verglichen, schliesst die Sekundarstufe I, also die Klassen des 7.–9. Schuljahres, am schlechtesten ab: 75,6% der Befragten gaben an, dass sich das Niveau verschlechtert oder sogar deutlich verschlechtert habe. Nur 24,4% schätzen die Lage so ein, dass entweder eine Verbesserung (6,0%) oder eine Stagnation (18,4%) des Leistungsniveaus stattgefunden habe.

Insgesamt sieht das Bild auf allen drei Schulstufen ähnlich aus: Jeweils über die Hälfte der Befragten sehen eine Verschlechterung, und die Anzahl Stimmen, die eine Verbesserung feststellen können, ist erschreckend tief.

Lehrpersonen sehen klare Gründe für den Bildungsabbau

307 Lehrpersonen haben ihre Einschätzung der Entwicklung des Leistungsniveaus differenziert in einer Stellungnahme erläutert. Die Auswertung der Rückmeldungen zeigt vor allem sechs hauptsächliche Gründe für die Verschlechterung des Bildungsniveaus auf:



Die Ergebnisse sind deprimierend: Das Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler wird von den Lehrpersonen im Vergleich zu vor fünf Jahren oder früher mit 63,6% als schlechter oder deutlich schlechter eingestuft. Lediglich 7,9% stuften die Leistung der heutigen Schülerinnen und Schüler als besser oder deutlich besser ein. 28,5% sehen keinen relevanten Leistungsunterschied. (Grafik: starke-schule-beider-basel.ch)

- Die Schülerinnen und Schüler seien heute im Vergleich zu früher deutlich weniger belastbar. Auch die Konzentrationsfähigkeit habe stetig abgenommen.
- Mehr Schülerinnen und Schüler erhalten heute weniger Halt und Unterstützung von zu Hause, was in der Schule aufgefangen werden müsse. Dies beanspruche erhebliche zeitliche Ressourcen zulasten der Unterrichtszeit.
- Der Wechsel von fünf auf sechs Primarschuljahre sowie die Verkürzung der Sekundarschule von vier auf drei Schuljahre führe zu einer deutlich grösseren Heterogenität im 6. Primarschuljahr. Insbesondere die leistungsstarken Schülerinnen würden im letzten Primarschuljahr nicht optimal gefördert werden können. Im heutigen 6. Primarschuljahr könne quantitativ und qualitativ nicht derselbe Unterrichtsinhalt vermittelt werden wie im damaligen 1. Sekundarschuljahr.
- An immer weniger Tagen könne auf Grund von zahlreichen Projekten und Projektwochen, Lagern, Sporttagen, Schulreisen, Zukunftstag, schulinternen Weiterbildungen usw. nach Stundenplan Fachunterricht erteilt werden. Die effektive Unterrichtszeit sei deutlich geringer als noch vor wenigen Jahren.
- In den Fremdsprachen (Französisch, Englisch) wird die Mehrsprachigkeit mit den dazugehörigen Lehrmitteln «Mille feuilles», «Clin d'oeil», «New World» als Hauptgrund angegeben. Zahlreiche Fremdsprachenlehrpersonen machen diese Lehrmittel und die darunter liegende Ideologie für den Bildungsabbau verantwortlich. Erwähnt wurde mehrfach die fehlende Grammatik und der wenig strukturierte Aufbau in diesen Lehrmitteln.
- Der neue Lehrplan mit seinen Kompetenzbeschreibungen sei unbrauchbar oder wenig hilfreich. Viele Lehrpersonen machen die zahlreichen Reformen der vergangenen Jahre für den Bildungsabbau verantwortlich.

Exemplarisch einige Beispiele von Rückmeldungen

«Mit vielen Reformen, beginnend mit der Entrümpelung der Lehrpläne, vor allem aber durch die Individualisierung des Unterrichts und die Aufweichung der Lernziele schon in der Primarschule (frühere Lernziele für die 1. Klasse sind heute erst nach der 3. Klasse verbindlich zu erreichen) wurde die Lehrerschaft dazu gebracht, die Verantwortung für den Lernfortschritt an die Schüler zu übertragen.»

«Maturanden und Studenten (ich unterrichte auch ein Modul an der Hochschule) haben zum Teil grosse Probleme mit der Rechtschreibung, im Strukturieren von Gedankengängen, können nicht sorgfältig recherchieren [...]»

«Das sprachliche Niveau in der Muttersprache ist sehr stark zurückgegangen.»

«Wir kopieren seit Jahren immer mehr das angelsächsische Schulsystem mit dem Verschieben der Schwerpunkte auf Testen, Controlling (Output) anstelle der Fokussierung auf die besondere Kompetenz von Lehrkräften.»

«Kombifach Geschichte und Geographie [in Basel-Stadt] führt dazu, dass die Kinder keinerlei Grundlagen mehr besitzen. Stoff, der eigentlich vorausgesetzt war, wird gar nicht oder nur wenig behandelt.»

«Digitalisierung ist ein weiterer Rückschritt, da die kognitive Komponente durch die Tastatur unzureichend gefördert wird. [...] Mobiltelefone (WhatsApp) und Laptops lenken stark ab und die Konzentration sinkt rasch.»

«Sprachliche Grundkompetenzen (Satzbau, Rechtschreibung, Fragen so beantworten, dass auch jemand die Antwort versteht, der die Frage nicht gelesen hat) sind nicht mehr vorhanden, wenn die Schüler an die Sekundarschulen kommen. HarmoS-Reform hat eine massive Verschlechterung gebracht: Viel zu viel Ungenaues und Ungefähres wird auf der Primarstufe akzeptiert. Die heutigen Siebtklässler haben in etwa das Niveau früherer Sechstklässler. Fragwürdiger Ansatz, auf Korrektheit nicht zu bestehen und dafür ausgiebig neuronale Autobahnen für Falsches entstehen zu lassen.»

«Repetitionen sind bildungspolitisch nicht erwünscht, da sie teuer sind. Die zahlreichen daraus resultierenden Folgen führen dazu, dass Lehrpersonen ihre Ansprüche kontinuierlich runterschrauben.»

«Der Wechsel von 5/4 auf 6/3 kommt aus folgenden Gründen einem Bildungsabbau gleich: 1. Die Primarlehrkräfte sind für das sechste Schuljahr nicht ausgebildet, das heisst, es fehlt ihnen der Lehrstoff für dieses Jahr und das dazugehörige Fachwissen. 2. Die Leistungsschere der Schülerinnen und Schüler ist bereits im vierten und fünften Jahr auf der Primarstufe gross. Im sechsten Jahr kann diese Heterogenität auch mittels der effizientesten Binnendifferenzierung nicht mehr aufgefangen werden.»

Obwohl eine deutliche Mehrheit der schriftlichen Rückmeldungen auf Verschlechterungen eingehen, gab es auch einzelne positive Kommentare

«Ich unterrichte seit 30 Jahren. Das Niveau im Fach Englisch hat sich ganz im Gegensatz zu Französisch enorm verbessert. Dafür gibt es viele Gründe. Der wichtigste ist vielleicht die Eigenmotivation der Schülerinnen und Schüler: Englisch ist cool, Englisch ist «einfach», Englisch muss man können. Die Welt eines Teenagers ist Englisch, die Musik, die Filme und Serien auf Netflix, die Online-Videospiele. Bei letzterem wird auch international gespielt, geschrieben und gesprochen, englisch. Ein weiterer Grund,

die zwei Jahre an der Primarschule bringen etwas, die Schülerinnen und Schüler kommen mit einem sehr guten Hörverständnis und können sich mündlich ausdrücken. Nächster Grund: Die Englischlehrmittel sind besser als alle anderen. «Ready for English» war top, «New World» ist ok.»

«Breiteres Wissen punkto ICT durch gute ICT-Infrastruktur für jede Schülerin und jeden Schüler. Geübter in Kopfrechnen durch effizientere Übungsprogramme. Qualitativ hochwertigere Lehrmittel als früher.»

«Die englische Sprache ist sehr präsent. Viele Schülerinnen und Schüler kommen täglich mit dieser Sprache in Berührung. Sie schauen auch vermehrt Serien auf Netflix (oder «streamen» sie sonstwo) auf Englisch, was auch dazu führt, dass sich ihr Niveau in Englisch verbessert. Dennoch gibt es jedoch einzelne Schülerinnen und Schüler, die ein sehr schlechtes Niveau haben. Ich würde ergänzend sagen, dass auch die Niveauunterschiede in Englisch grösser werden.»

«Die Schülerinnen und Schüler bringen mehr Grundwissen zu den einzelnen Themen mit. Früher waren das meist nur einzelne Schülerinnen und Schüler, die im voraus bereits etwas wussten und beitragen konnten, heute sind das mehrere Schülerinnen und Schüler und vertiefere Informationen.»

Fazit

Auffallend und bemerkenswert ist, dass einer der genannten Hauptgründe für die vermutete Leistungsreduktion die verminderte Aufnahme- und Konzentrationsfähigkeit sowie die nicht vorhandene Fähigkeit ist, Gedankengänge zu verknüpfen und vernetzt zu denken. Ein vernichtendes Urteil der Lehrpersonen also für den eingeführten kompetenzorientierten Lehrplan, der genau diese Fähigkeiten hätte besonders fördern sollen. Es ist offensichtlich, dass mit 3536 Kompetenzbeschreibungen im Lehrplan die tatsächlichen Stoffinhalte im Unterricht reduziert wurden und so auch diverse überfachliche Fähigkeiten darunter leiden. Die Schülerinnen und Schüler haben heute mehr Mühe, einfachen Gedankengängen strukturiert zu folgen, als dies früher der Fall war.

Die SSbB erkennt als einen eklatanten Grund für die Verschlechterung, insbesondere das schlechtere eingeführte Change-Management punkto Methodik und Didaktik des Unterrichts. Ohne Not wurde ein ruhiger, konzentrierter Unterricht, bei dem die Schülerinnen und Schüler das fachliche Basisverständnis erlangen, diskreditiert sowie als verpönt und ewiggestrig dargestellt. Gruppenarbeit sowie das selbstorganisierte Lernen werden hingegen zum Mass aller Dinge erklärt. Von Leitung und Führung losgelöste Lektionen, in denen die Schülerinnen und Schüler auf Kosten immenser Unterrichtszeit selbst zu entdecken versuchen, sich auf Grund von Lärm kaum konzentrieren können, zur Hauptsache beschäftigt sind und oft falsche Resultate erzielen, haben für den Lernerfolg fatale Folgen.

Insbesondere auf der Sekundarstufe I müssen die Lehrpersonen zudem immer mehr Fächer unterrichten. Die Problematik besteht, seit die Pädagogische Hochschule (PH) die fachliche Ausbildung der angehenden Sek.-I-Lehrpersonen von der Universität weitgehend übernommen hat. Wertvolle Studienzeit wird für praxisferne Inhalte verschleudert und fehlt letztendlich in der Fachausbildung der Studierenden.

Es ist wichtig, dass Wissensinhalte und deren Zusammenhänge in den einzelnen Fächern stärker gefördert werden, damit eine weitere Verschlechterung des Leistungs- und Bildungsniveaus der Schülerinnen und Schüler aufgefangen werden kann. Die Schülerinnen und Schüler haben es verdient, eine qualitativ gute Schulausbildung zu erhalten und damit auf die weiterführenden Ausbildungsangebote optimal vorbereitet zu werden.

Mit Agrarökologie den Welthunger stillen

von Luca Beti

Kein Hunger mehr bis 2030 – das hat sich die internationale Gemeinschaft 2015 zum Ziel gesetzt. Doch mit den aktuellen Methoden der Nahrungsmittelproduktion bleibt dieses Ziel unerreichbar. Es braucht einen grundlegenden Wandel hin zur Agrarökologie.

«In der Agrarproduktion braucht es einen Systemwechsel! Alle Fachleute sind sich darin einig. Die Uneinigkeit beginnt dann, wenn man versucht, sich über einen möglichen Weg dahin zu verständigen», sagt Urs Niggli, Ex-Direktor des Forschungsinstituts für biologischen Landbau (FiBL). Immerhin, das Ziel wurde fixiert und steht an zweiter Stelle in der Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung: ein Ende des weltweiten Hungers, Nahrungsmittelsicherheit, Verbesserung der Ernährungslage und das Vorantreiben einer nachhaltigen Landwirtschaft. Noch fehlen zehn Jahre bis zum gesetzten Datum, aber «Null Hunger» scheint weiter weg denn je.

Gemäss dem letzten Uno-Bericht zur Ernährungssicherheit und der Welternährungslage haben 2019 rund 690 Millionen Menschen an Hunger gelitten. Das sind 60 Millionen mehr als 2015, als die Internationale Gemeinschaft die Agenda 2030 verabschiedete. Nach jahrelangem Rückgang der Zahlen registrierte man ab 2014 einen Anstieg Hungerleidender, eine Entwicklung, die nun durch die von Covid-19 bedingte weltweite Rezession noch verstärkt wird.

Vertrackte Situation

Die Krise deckt auf, wie verletzlich und ungeeignet die aktuellen Systeme der Nahrungsmittelgewinnung sind. Die Erde wäre in der Lage, zehn Milliarden Menschen – so viele werden 2050 den Planeten bevölkern – zu ernähren. Dazu braucht es gemäss einem kürzlich erschienenen Bericht der Welternährungsorganisation FAO einen grundlegenden Wandel hin zu Agrarökologie und anderen innovativen Methoden.

«Die einen sagen, man müsse auf extensive Landwirtschaft, wie zum Beispiel die Bioproduktion, setzen», erläutert Niggli. «Andere sagen, man müsse auf neue Technologien setzen und in eine gesteigerte Effizienz investieren.» Sicher ist: Die konventionelle Landwirtschaft hat zusammen mit Waldbewirtschaftung und anderen Formen der Landnutzung die Umwelt negativ beeinflusst. Sie verursacht 23 Prozent der Treibhausgasemissionen, führt zu weniger Biodiversität, fördert Bodenerosion sowie den Verlust von Humus und ist verantwortlich für einen grossen Teil der Wasserverschmutzung.

Es ist vertrackt: Die Landwirtschaft leidet unter den Folgen des Klimawandels, den sie selbst mitverantwortet. «Die Lösung ist die Agrarökologie», sagt Hans Hurni, emeritierter Professor am Zentrum für nachhaltige Entwicklung und Umwelt an der Uni Bern. «Bei dieser Art der Landwirtschaft vereinigt

man verschiedene Aspekte: nicht nur die Bio-Produktion, sondern auch die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Lebensrealitäten der Bauern.»

Ausgewogene Ernährung wird begünstigt

Die Agrarökologie vereint Wissenschaft, Praxis und soziale Bewegung. Eines ihrer Schlüsselprinzipien ist die Diversifikation durch den Anbau diverser Arten auf demselben Gelände, wodurch man die natürlichen Ökosysteme wiederherstellt. Die Methode stärkt die Resilienz und die klimatische Anpassungsfähigkeit der Ökosysteme, deren Widerstandskraft gegen Krankheiten und Aufnahme von Nährstoffen. Sie begünstigt auch eine ausgewogene Ernährungsweise, denn die Bauern entscheiden selber, was sie anbauen wollen.

«Nebst dem, dass der ökologische Landbau die Pflanzen gegen Parasiten und Trockenheit stärkt, fördert er auch die Ernährungssicherheit und eine gesunde Ernährung», betont Tina Goethe, Expertin für das Recht auf Nahrung der Nichtregierungsorganisation *Brot für alle*. «In Honduras zum Beispiel haben diejenigen, die Mais, Bohnen, Früchte und Gemüse anbauten und Haustiere hatten, die Corona-Krise ohne grössere Probleme überstanden. Bei denen, die nur Kaffee anbauten, war das nicht so.»

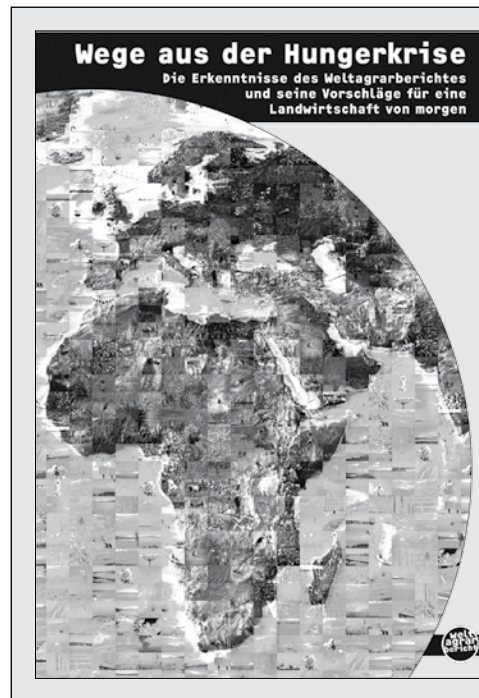
Wende hin zur Ernährungssicherheit

Was Goethe in Erinnerung ruft, beweist auch eine kürzlich von der NGO *Biovision* und der FAO durchgeführte Studie: Die Agrarökologie ist ein wirksames Instrument, um die Konsequenzen des Klimawandels zu bekämpfen, die Widerstandskraft von Mensch, Tier und Pflanzen zu stärken, die Biodiversität zu steigern und das Wissen und den Austausch zwischen Bauern und Forschenden zu fördern.

Agrarökologie ist nicht gleichzusetzen mit biologischer Landwirtschaft. «Viele Jahre habe ich mich mit dieser Anbauform beschäftigt, und ich kenne auch ihre Grenzen», sagt Urs Niggli. «Die Agrarökologie hingegen ist die ideale Form, um neue Technologien, ökologische Anbaumethoden und die Erfahrung der Bauern miteinander zu verbinden – das ist ein zentrales Element in der Entwicklungszusammenarbeit.» Der Übergang zum

Finanzierung der Agrarforschung

85 Prozent der Gelder aus der *Gates-Stiftung*, welche landwirtschaftliche Entwicklungsprojekte unterstützen, landen in der industriellen Nahrungsmittelproduktion in Afrika südlich der Sahara. Zu diesem Schluss kommt eine Studie der NGO *Biovision*, der Expertengruppe *IPES-Food* und dem *Institut für Entwicklungsstudien IDS*. *Biovision*-Präsident *Hans R. Herren* unterstreicht jedoch: «Der industrielle Zugang ist in Afrika auf der ganzen Linie gescheitert.» Das System der Agrarökologie propagiere nicht Universalrezepte, sondern for-



neuen System geschieht zweifellos über die bäuerlichen Kleinfamilien.

Gemäss internationalen Studien könnten 500 Millionen Kleinbauern ihre Produktion damit verdoppeln. Bereits heute könnten sie geschätzte 70 Prozent der Bevölkerung Asiens und Afrikas südlich der Sahara ernähren. «Monokulturen haben den Gipfel ihrer Produktivität erreicht, deshalb müssen wir uns nun auf die Kleinbauern konzentrieren, um die vorhandene Nahrungsmittelmenge zu erhöhen», unterstreicht Hurni.

Paradoxerweise leben 75 Prozent der an Hunger leidenden Menschen auf dem Land und von der Landwirtschaft. Und auch hier liegt die Antwort in der Agrarökologie, einer multifunktionalen Herangehensweise, die demokratische Prozesse fördert, welche die Ernährungssouveränität begünstigen. Gemeint ist die Kontrolle über die Produktion, den Boden, das Wasser und die genetischen Ressourcen der lokalen Gemeinschaften. «Beispielsweise ist es wichtig, dass die Bauern Kooperativen schaffen, um ihre Produkte ohne Zwischenhändler auf dem lokalen Markt zu verkaufen – und somit gegen die Armut kämpfen», hebt Tina Goethe hervor. «Im Vergleich zur biologischen Produk-

tionweise konfrontiert die Agrarökologie in direkterer Weise menschenrechtliche Fragen sowie Fragen von Einkommen und einem würdigen Leben.»

Die Zeit drängt

Anstatt von einer weiteren Produktivitätssteigerung spricht Urs Niggli lieber von einer Drosselung des Konsums: «Wir könnten problemlos mit einer 20 bis 30 Prozent niedrigeren Agrarproduktion leben. Dies aber nur, wenn wir unsere Ernährungsgewohnheiten ändern, beispielsweise unseren Fleischkonsum reduzieren. Gegenwärtig gibt es jedoch eine Tendenz zu mehr Fleisch. Vor allem der Mittelstand in den Entwicklungsländern betrachtet Fleisch als Synonym von Wohlstand.»

Das solle jedoch nicht heissen, den Fleischkonsum generell zu verurteilen, aber man sollte mehr auf Wiederkäuer wie Kühe und Schafe setzen, die Gras fressen. Getreide wiederum sollte man nicht als Geflügel- und Schweinefutter nutzen, und schon gar nicht, um die Milchproduktion von Kühen zu erhöhen.

Um Hunger auszurotten, braucht es eine nachhaltige Ernährungsweise und eine Halbierung der Verschwendung von Nahrungsmitteln. «Zudem müssen wir aufhören, Biobrennstoffe aus Kulturen herzustellen, die für Nahrungsmittel- und Futterproduktion bestimmt sind», betont Hans Hurni. «Nützen wir doch das wenige Gelände, das wir haben, um Nahrungsmittel anzubauen.»

Gefragt sind nun unterstützende politische Interventionen auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene und ein Wechsel hin zu einem Ernährungssystem, welches der menschlichen Gesundheit, der Umwelt und dem sozialen Wohlbefinden dient. «Heute können wir noch wählen», sagt Urs Niggli. «Doch je mehr die Erderwärmung ansteigt, um so weniger Optionen werden wir haben.»

Quelle: <https://www.eine-welt.ch>, Ausgabe 4/2020

Landwirtschaft ist «systemrelevant»

von Josef Kunz, alt Nationalrat, Grosswangen



Josef Kunz (Bild zvg)

Laufend wird die Landwirtschaft in den Medien mit Schlagzeilen in ein schiefes Licht gezogen. Zum Beispiel, die Schweiz versinke in der Gülle, die Tierbestände seien viel zu hoch und produzierten zu viel Ammoniak, die Landwirtschaft verschmutze die Gewässer, die Fleischproduktion belaste die Umwelt. Die Bauern kosteten mit den Direktzahlungen zu viel, dies nur einige Beispiele.

Dazu folgendes:

Zu viel Gülle: Der Kunstdüngereinsatz ist massiv zurückgegangen, die Güllenaustragung muss genau dokumentiert und gezielt eingesetzt werden. Die Nährstoffbilanz, Entzug und Gabe muss mit den Erträgen übereinstimmen.

Tierbestände zu hoch: Die Tierbestände Rindvieh und Schweine haben in den letzten Jahren abgenommen.

Bei einem Selbstversorgungsgrad von knapp 50 % ist es fahrlässig, die Tierbestände weiter zu reduzieren. Mit der Tierhaltung (Rindvieh, Schafe) pflegen wir das Grasland Schweiz. Wollen jene, die das Fleisch verteuern, in Zukunft Grassuppe konsumieren? Die Bauern veredeln das Gras zu Milch, Käse und Fleisch mit Tausenden von Arbeitsplätzen in der Verarbeitung.

Gewässer: Die Bauern haben nie illegale Spritzmittel eingesetzt, diese wurden von den Bundesämtern bewilligt. Der Bauer verwendet sie im Glauben, dass Rückstände kein Problem darstellen, kommt hinzu, dass Hormone und Medikamente von den Menschen ein ebenso grosses Problem darstellen. Dass die Rückstände in allen Sektoren Industrie, Gesundheit und Landwirtschaft gesenkt werden müssen, ist klar, aber die Landwirtschaft einseitig als Verursacher hinzustellen, ist unhaltbar.

Direktzahlungen: Mit der Einführung der Direktzahlungen wurden den Bauern die Preise für die Milch und das Getreide halbiert. So verlor die Landwirtschaft allein bei diesen Sektoren Einkommen von gegen

zwei Milliarden Franken. Wissen Sie, liebe Leserinnen und Leser, dass ohne Direktzahlungen 50 % der Bauernfamilien kein Einkommen mehr hätten? *Avenir Suisse* müsste hinterfragen, ob diese Preissenkungen beim Konsumenten angekommen oder vom Zwischenhandel zur Margenverbesserung führten. Der Käse wurde nicht wesentlich billiger für die Konsumenten, trotz der Halbierung des Milchpreises haben die Käseimporte innert fünfzehn Jahren auf über fünfzigtausend Tonnen zugenommen. Wo ist da der Klima- und Umweltschutz? Die Zahlungen sind auch an Tierwohl und ökologische Leistungen gebunden.

Fazit: Die Bauern produzieren nicht für sich, sondern um unsere Bevölkerung mit hervorragenden Lebensmitteln zu versorgen. Eine produzierende Landwirtschaft ist die günstigste Landschaftspflege mit Tausenden von Arbeitsplätzen in der Verarbeitung. Müsste der Staat die Landschaftspflege übernehmen, würde dies ohne Produktion zwölf Milliarden kosten, dies hat die *Agrarplattform* zurzeit errechnet. Würde Europa von einer Dürre betroffen (Anzeichen sind da),

würde auch bei uns eine Hungersnot ausbrechen. Deshalb verdienen unsere Bauernfamilien eine andere Wertschätzung, sie setzen alles daran, die Umwelt zu schonen und der nächsten Generation intaktes Land und eine intakte Landwirtschaft weiterzugeben, dies ist auch im Interesse der übrigen Bevölkerung. Die Medien hätten eine grosse Verantwortung, die Landwirtschaft nicht laufend mit negativen, sondern einmal mit positiven Schlagzeilen einzudecken! Hier einige Vorschläge:

- Der Bauer versinkt in der Bürokratie.
- Ohne Bauer keine intakte Landschaft.
- Ohne Lebensmittel keine Wirtschaft.
- Der Selbstversorgungsgrad darf nicht weiter sinken, sonst nimmt die Abhängigkeit vom Ausland bedrohlich zu.
- Durch die Preissenkung ist der Bauer dringend auf die Direktzahlungen angewiesen. Ich danke allen Konsumenten, die zur Landwirtschaft und zu den einheimischen Produkten stehen, den Medien rate ich, meine Denkanstösse ernstzunehmen, die Bauernfamilien haben es verdient und sind ihnen dankbar dafür!